Die ersten Texte des Neuen Forum

Erschienen in der Zeit vom 9. September bis 18. Dezember 1989

Aufbruch 89 - NEUES FORUM

In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein.

Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übelgelaunter Passivität und hätten doch Wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit.

In Staat und Wirtschaft funktioniert der Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten nur mangelhaft. Auch die Kommunikation über die Situation und die Interessenlage ist gehemmt. Im privaten Kreis sagt jeder leichthin, wie seine Diagnose lautet, und nennt die ihm wichtigsten Maßnahmen. Aber die Wünsche und Bestrebungen sind sehr verschieden und werden nicht rational gegeneinander gewichtet und auf Durchführbarkeit untersucht. Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebotes und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewußte Menschen, die doch gemeinschaftsbewußt handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. Faulpelze und Maulhelden sollen aus ihren Druckposten vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial Schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden; aber niemand soll auf Kosten anderer krank feiern. Wir wollen an Export und Welthandel teilhaben, aber weder zum Schuldner und Diener der führenden Industriestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen Länder werden.

Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land, nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Wollen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden. Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an,

– daß eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozeß mitwirkt,
– daß die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden.

Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen NEUES FORUM.

Die Tätigkeit des NEUEN. FORUM werden wir auf gesetzliche Grundlagen stellen. Wir berufen uns hierbei auf das in Art. 29 der Verfassung der DDR geregelte Grundrecht, durch gemeinsames Handeln in einer Vereinigung unser politisches Interesse zu verwirklichen. Wir werden die Gründung der Vereinigung bei den zuständigen Organen der DDR entsprechend der VO vom 6. 11. 1975 über die „Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen“ (GBl. 1 Nr.44 5.723) anmelden.

Allen Bestrebungen, denen das NEUE FORUM Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde. Es ist dieser Impuls, den wir bei der kommenden Umgestaltung der Gesellschaft in allen Bereichen lebensvoll erfüllt wissen wollen. Wir rufen alle Bürger und Bürgerinnen der DDR,

die an einer Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglieder des NEUEN FORUM zu werden.

Die Zeit ist reif.

Die Erstunterzeichner:
Michael Arnold, Student, Leipzig; Bärbel Bohley, Malerin, Berlin; Katrin Bohley, Studentin, Berlin; Dr. Martin Böttger, Physiker, Cainsdorf; Dr. Erika Drees, Ärztin, Stendal; Katrin Eigenfeld, Bibliothekarin, Halle; Dr. Frank Eigenfeld, Geologe, Halle; Hagen Erkrath, Student, Berlin; Olaf Freund, Fotolaborant, Dresden; Katja Havemann, Heimerzieherin, Grünheide; Alfred Hempel, Pfarrer, Großschönau; Rolf Henrich, Jurist, Eisenhüttenstadt; Jan Hermann, Krankenpfleger, Brandenburg; Martin Klähn, Bauingenieur, Schwerin; Kathrin Menge, Hochbauingenieurin, Berlin; Dr. Reinhard Meine!, Physiker, Potsdam; Otmar Nickel, Drechsler, Dresden; Dr. Christine Pflugbeil, Ärztin, Berlin; Sebastian Pflugbeil, Physiker, Berlin; Reinhardt Pumb, Krankenpfleger, Berlin; Dr. Eva Reich, Ärztin, Berlin; Prof. Dr. Jens Reich, Arzt und Molekularbiologe, Berlin; Hanno Schmidt, Pfarrer, Coswig; Reinhard Schult, Betonfacharbeiter, Berlin; Jutta Seidel, Zahnärztin, Berlin; Dr. Eberhard Seidel, Arzt, Berlin; Lutz Stropahl, Musikerzieher, Berlin; Dr. Rudolf Tschäpe, Physiker, Potsdam; Hans-Jochen Tschiche, Pfarrer, Samswegen; Catrin Ulbricht, Dresden

Liebe Freunde und Freundinnen des NEUEN FORUM!

Wir möchten Euch für Euer großes Interesse am NEUEN FORUM danken. Aus allen gesellschaftlichen Schichten und Berufen sind Menschen bereit, sich konsequent für Veränderungen und Reformen in unserem Land einzusetzen. Wir hoffen, daß der von uns allen gewünschte gesellschaftliche Dialog stattfinden wird.

Jede/r von uns hat Wissen auf seinem Arbeitsgebiet und in seinem Lebensbereich, Mut und Änderungswillen. Deshalb glauben wir, daß es möglich ist, die anstehenden Probleme konstruktiv zu diskutieren und zu ihrer Lösung beizutragen. Nur so werden wir wieder gern in diesem Land leben.

Wir werden allerdings viel mehr Zeit, Toleranz und Geduld brauchen, als wir es aus den uns vertrauten kleinen Diskussionsgruppen Gleichgesinnter gewohnt sind, ehe in einem demokratischen Entscheidungsprozeß neue Orientierungen gefunden werden, die wir gemeinsam vertreten können. -

Wir engagieren uns im NEUEN FORUM, weil wir uns Sorgen um die DDR machen – wir wollen hier bleiben und arbeiten. Wir bitten jene, die sich anders entscheiden, unsere Bemühungen nicht mit dem Ziel einer schnellen Ausreise zu mißbrauchen. -

Für uns ist die „Wiedervereinigung“ kein Thema~ da wir von der Zweistaatlichkeit Deutschlands ausgehen und kein kapitalistisches Gesellschaftssystem anstreben. Wir wollen Veränderungen hier in der DDR.

Viele wollen von uns wissen, wie es weitergehen soll. Wir geben zu, daß wir mit diesem Ansturm von Menschen nicht gerechnet hatten. Es existieren weder Organisationsstrukturen ‘noch hauptamtliche Mitarbeiter oder Büros.

Das Reformkonzept für unser Land wollen und können wir nicht vorgeben, sondern in einem übergreifenden Diskussionsprozeß erst entwickeln. Wir brauchen das solidarische Gespräch, das die Übereinstimmung sucht, ohne unterschiedliche Meinungen unter den Tisch zu wischen.

Da inzwischen auch andere Vereinigungen im Entstehen sind, werden wir oft nach unserem Verhältnis zu ihnen gefragt. Unser Ziel ist, eine legale politische Plattform zu bilden, um den dringend notwendigen gesellschaftlichen Dialog in Gang zu setzen. Dabei soll niemand ausgegrenzt werden, ob er/sie nun SED-Mitglied ist oder einer anderen Vereinigung angehört.

Unsere weiteren Pläne:
Am 19. 9. 1989 haben wir das NEUE FORUM bei den zuständigen staatlichen Stellen angemeldet. In den DDR-Zeitungen wurden wir daraufhin als „staatsfeindliche Plattform“, 5. Kolonne“ usw. angegriffen. Der mündliche offizielle Bescheid des MDI dagegen lautete: Keine gesellschaftliche Notwendigkeit für eine solche Vereinigung! Wir werden von unserem Recht der Beschwerde Gebrauch machen und alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen. Das

Verfassungsrecht (Art. 29) auf Bildung von Vereinigungen darf durch die „Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen“ nicht eingeschränkt werden. Wir wollen uns weder in die Illegalität noch ausschließlich in den kirchlichen Raum abdrängen lassen!

Als nächsten Schritt planen wir, die Lizenz für eine Zeitung zu beantragen. Bis zur Genehmigung werden wir ein Informationsblatt herausgeben, in dem über die Arbeit des Neuen Forum“ und andere politische Vorgänge berichtet wird sowie Arbeitsergebnisse und Vorschläge veröffentlicht werden.

Als vorläufige Organisationsstruktur schlagen wir vor:

I. Ebene:

1. Organisierung im Wohngebiet über Kontaktadressen,
2. Schaffen von regionalen Zentren,
3. Wahl eines Sprecherrates, der sich aus Vertretern der einzelnen .Regionen zusammensetzt.

II. Ebene:

Überregionale theoretische Arbeitsgruppen, an denen sich alle beteiligen können, die ein bestimmtes Interesse am jeweiligen Thema haben oder über wichtige Erfahrungen und Kenntnisse verfügen.

Beide Formen halten wir für wichtig. In der ersten Ebene müssen wir uns kennenlernen und sehen, wer z. B. im Wohngebiet zu uns gehört. Ergebnisse aus den Themengruppen können dann von allen diskutiert werden; sie sollen nicht alleinige Sache von Experten sein.

Beginnen wir mit der Arbeit!

Wir schicken Euch Adressen, über die wir uns vorerst verständigen wollen. Bitte bestätigt dort mit einer Karte, daß Ihr diesen Brief erhalten habt.

Für das NEUE FORUM:

Reinhard Schult (bei Werdin)	Husemannstr. 3,	Berlin,	1058
Reinhard Memel	Gutenbergstr. 64,	Potsdam,	1560
Dr. Christian Tietze	Strausberger Platz 1,	Berlin,	1017
Matthias Büchner	Dammweg 4,	Erfurt,	5020
Heidemarie Wüst	Bundschuhstr. 10,	Magdeburg,	3037
Rudolf Tschäpe	Meistersingerstr. 7,	Potsdam,	1570
Jutta Seidel, Dr. E. Seidel	Sophienstr. 18,	Berlin,	1020
Hans-Jochen Tschiche	Breite Str. 23,	Samswegen,	3211
Dr. Eva Reich, Prof. Dr. J. Reich	Kavalierstr. 10,	Berlin,	1100
Bärbel Bohley	Fehrbellinerstr. 91,	Berlin,	1054
Andreas Schönfelder	Am Markt 12,	Großhennersdorf,	8701
Sebastian Pflugbeil	Gormannstr. 17,	Berlin,	1054
Hagen Erkrath	Lettestr. 3,	Berlin,	1058
Lothar Imme	Scharnweberstr. 46,	Berlin,	1162
Rolf Henrich	Schlaubehammer,		1201

Berlin, den 1. Oktober 1989

Offener Problemkatalog

Wirtschaft und Ökologie

Wir sind unzufrieden darüber, daß unsere Wirtschaft an vielen Stellen schlecht funktioniert. Deshalb drohen unser beruflicher Einsatz und unser Interesse an gesellschaftlichen Belangen mehr und mehr zu erlahmen. Natürlich verstärken sich diese beiden Aspekte gegenseitig.

Noch scheint unsere Wirtschaftssituation im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern günstiger – dank äußerer Umstände und vielleicht geringeren Ausmaßes an Mißwirtschaft; trotzdem stimmen der im Vergleich zu hochentwickelten Industriestaaten vorhandene Rückstand in der Arbeitsproduktivität, die charakteristische Überalterung der Produktionsmittel, der Mangel an Waren des Grundbedarfs und die Schwierigkeiten der DDR,

auf dem Weltmarkt Schritt zu halten, bedenklich. Grundsätzliche Änderungen in der Wirtschaftsführung, die im einzelnen zweifellos umstritten sind und eine vernünftige Abwägung erfordern, können nur von Regierung, Fachleuten und der Bevölkerung gemeinsam herbeigeführt werden. Zur Diskussion stehen unter anderem die folgenden Fragen:

– Welche Ziele wollen wir mit unserer Wirtschaft verfolgen und welche Werte sind uns dabei wichtig"
  Welche Schwerpunkte für die Entwicklung ~inseres Wirtschaftspotentials leiten sich daraus ab?
– Wie kann eine breitere gesellschaftliche Beteiligung an Grundsatzbeschlüssen (z. B. Energiepolitik, Großinvestitionen) und lokalen Entscheidungen (z. B. Bau von Kläranlagen) verwirklicht werden?
  Wir brauchen neue Bewertungsmaßstäbe, mit deren Hilfe wir den erwarteten Nutzen einer Entscheidung gegen ihre sozialen Auswirkungen (etwa Schichtarbeit), ökologische Folgen (z. B. Waldsterben) und Risiken (z. B. KKW-Unfälle) abwägen können.
– Welche Strukturen des gesellschaftlichen Eigentums können die persönliche Initiative und das Verantwortungsbewußtsein wirkungsvoller anregen?
– Ist die Beteiligung der Werktätigen an der Lenkung der Wirtschaft genügend gewährleistet? (z. B. Funktionen in der Gewerkschaft, Streikrecht)
– Wie können Reformen der Preis- und Subventionspolitik so gestaltet werden, daß die Lenkung der Wirtschaft verbessert und Verschwendung reduziert wird, ohne jedoch soziale Härten zu erzeugen?
  Wie kann die Geldwertstabilität gewährleistet und ein wachsendes Mißverhältnis zwischen Preis und Leistung vermieden werden?
– Wie kann überflüssige und hinderliche Bürokratie im Produktions- und Verteilungsprozeß abgebaut werden?
– Welche wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten eröffnen die Fortschritte der Abrüstungs- und Entspannungspolitik?
– Die ,Umweltbelastung (Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung) hat bedrohliche Formen angenommen. Wie können wir erreichen, daß ihre Verringerung eine Hauptaufgabe der kommenden Jahrzehnte wird?
– Wie können wir die Bevölkerung über den Umfang und die Folgen der verschiedenen Umweltbelastungen sachlich informieren? Wie weit sind wir bereit, Einschränkungen unserer Konsumgewohnheiten zugunsten der Lebensqualität der kommenden Generationen und einer intakten Umwelt mitzutragen?
– Welche Wege in der Energiepolitik können zu einer drastischen Senkung des Energieverbrauchs führen? Wie können wir erreichen, daß ernsthaft nach Alternativen zu der problemreichen Kombination Braunkohle/Kernenergie gesucht wird?
  Können wir umweitfreundlichere Tierzucht- und Anbauverfahren sowie Betriebsgrößen in der Landwirtschaft einführen?
– Wie kann die Leistungsfähigkeit und Attraktivität des Güter- und Personenverkehrs verbessert werden?
  Welche Lehren könen wir aus den Schwierigkeiten ziehen, die die einseitige Ausrichtung auf das Auto im In- und Ausland unübersehbar bereitet?

Kultur, Bildung, Wissenschaft

Notwendig ist der Übergang zu Unabhängigkeit und Selbständigkeit im Kultur- und Geistesleben, in Wissenschaft, Presse und Publikationswesen, sowie der Aufbruch der Volksbildung aus Disziplin und Langeweile. Diese Bereiche gehen jeden Bürger unmittelbar an und sollten einer öffentlichen und kritischen Diskussion zugänglich sein. Voraussetzungen dafür sind:

– Abschaffung der Zensur (Genehmigungswesen von Publikationen)
– Freie Druck- und Vervielfältigungsmöglichkeiten -
– Öffentliche Kontrolle von Rundfunk und Fernsehen
– Veränderung der Zulassungs- und Auswahlprinzipien in Erziehung, Wissenschaft und Kultur
– Selbständige kulturelle Einrichtungen (Theater, Studios, Galerien, Versammlungsräume)

- Rettung der organisch gewachsenen städtischen und dörflichen Strukturen und Erhaltung denkmalgeschützter und kulturhistorisch wertvoller Bauten.

Darüber hinaus haben wir folgende Fragen und Forderungen:

- Wie können wir dazu beitragen, daß weiße Flecken und Entstehungen in der Geschichtsschreibung der vergangenen Jahrzehnte aufgearbeitet und korrigiert werden?
  Wie vermitteln wir die neuen Erkenntnisse Jugendlichen und Erwachsenen?
- Wie kann sich eine neue Kultur des Umgangs miteinander herausbilden?
- Wissenschaft und Kultur brauchen internationalen Austausch, der nicht durch Vorschriften und Anordnungen gedrosselt werden darf.
- Kein Export von Kulturgütern – Kein Import von Müll!

Rechts- und Staatswesen

Der Staat ist um der Menschen willen da! Er darf nicht mehr sein als ein Zusammenschluß von Menschen unter Rechtsgesetzen. Gesetze sollen die allgemeinverbindhichen Formen der demokratischen Übereinkünfte zwischen mündigen Bürgern sein. Rechtens ist, was sich auf dem Boden solcher Gesetze vollzieht. Damit aus dem vormundschaftlichen Staat ein Rechtsstaat werden kann, müssen wir einen Wandel im Rechts- und Staatsleben der DDR herbeiführen. Das beinhaltet die Einführung der~. Gewaltenteilung und die wirksame öffentliche Kontrolle aller Schutz- und Sicherheitsorgane durch die Volksvertretungen. Damit die Menschen diesen Wandel auf demokratischem Wege herbeiführen können, bedarf es zunächst einer Reform des Wahlrechts und der uneingeschränkten Gewährleistung der Grundrechte.

Wir sind uns bewußt, daß der demokratische Wandel in der DDR sich von unten her entwickeln muß und nicht allein von oben her verordnet werden kann. Auf dem Weg zu diesem Ziel unterstützen wir jede Rechtsänderung,

- die darauf gerichtet ist, Benachteiligungen für Bürger und Gruppen zu verhindern, die nach den Grundsätzen der Verfassung von ihrem Recht der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit Gebrauch machen
- welche die Unabhängigkeit der Richter, der Mitglieder der gesellschaftlichen Gerichte und der Rechtsanwälte stärken sowie die Einflußnahme der politischen Parteien auf die Auswahl und berufliche Beförderung der entsprechenden Personen unterbinden will.

Damit oppositionelles Handeln nicht mehr kriminalisiert werden kann, sind kurzfristig die entsprechenden Tatbestände des politischen Strafrechts, insbesondere die sogenannten Staatsverbrechen

- Hochverrat (96 StGB)
- Landesverrat (97 StGB)
- Staatsfeindliche Hetze (106 StGB)
- Verfassungsfeindlicher Zusammenschluß (107 StGB)
- Widerstand gegen staatliche Maßnahmen (212 StGB)
- Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit (217 StGB)
- Zusammenrottung (217 StGB) zu überarbeiten und neu zu fassen. Damit der Grundsatz der Gesetzlichkeit in der Verwaltung der DDR gestärkt wird, müssen sämtliche Verwaltungsakte gerichtlich überprüfbar sein.

Anstelle enggefaßter Reiseregelungen fordern wir uneingeschränkte Freizügigkeit, einschließlich des Rechts für jeden Bürger, die DDR zu verlassen und zurückzukehren.

NEUES FORUM

Erklärung des NEUEN FORUM zum 40. Jahrestag der DDR

An alle Mitglieder der SED!

Die Wirksamkeit des NEUEN FORUM ist für unsere Gesellschaft ebenso neu wie lebenswichtig. Zehntausend Unterschriften aus allen Bevölkerungsschichten beweisen schon jetzt, daß Gemeinschaftshandeln und Verantwortungsgefühl in der Stagnation unseres

gesellschaftlichen Lebens nicht untergegangen sind. Nicht nur die Krisenzustände unserer Gesellschaft sind unerträglich, es ist auch unvertretbar geworden, die öffentliche Diskussion der gesellschaftlichen Bedingungen unseres Lebens zu verweigern: Die zehntausend Unterschriften sind weit davon entfernt, eine staatsfeindliche Handlung zu sein – sie sind ein Akt staatsbürgerlicher Verantwortung.

Wir protestieren gegen die Versuche der Regierung, uns als Sozialismusfeinde darzustellen. Das NEUE FORUM ist eine Stätte für Neues Denken. Das ist in der DDR ebensowenig sozialismusfeindlich wie in der Sowjetunion. Das NEIJE FORUM mag eines Tages entbehrlich sein – jetzt ist es unentbehrlich. Allen Versuchen, dem gesellschaftlichen Dialog durch Kriminalisierung, durch Ausgrenzung und Einschüchterung auszuweichen, wollen wir unsere demokratische Aktion entgegenstellen. Der Sozialismus, den die Regierung so scheinheilig gefährdet sieht, kann durch eine Basisbewegung nicht bedroht sein. Bürgerinitiativen bedrohen nicht, sondern entfalten gesellschaftliches Leben.

Eher schon gefährdet die Untätigkeit der SED den Sozialismus auf deutschem Boden. Wir wenden uns ausdrücklich an die zwei Millionen Mitglieder der SED: Ihr bildet die größte und wichtigste politische Körperschaft in unserem Land. Zu Euch gehört ein enormes Potential von Fachwissen und Leitungserfahrung, das für die Erneuerung unserer Gesellschaft dringend gebraucht wird. Ihr beansprucht die führende Rolle – übt sie aus! Führt die Diskussion in Euren Reihen; führt die Gesamtpartei zu einem konstruktiven Kurs. In den letzten Wochen hat es viele Resolutionen von Grundorganisationen an das ZK gegeben. Kennen wenigstens die Mitglieder des Zentralkomitees ihre Zahl und ihren Inhalt? Werden sie beraten? Werden sie umgesetzt? Wenn in einer hochentwickelten Gesellschaft selbst der Führungspartei mit zwei Millionen Menschen die innere Diskussion und Zusammenarbeit verweigert wird, dann muß es allerdings zu qualvollen und unerträglichen Spannungen kommen. Die Diskussion, die die SED selbst führen muß, ist ein wichtiger Teil der gesamtgesellschaftlichen Diskussion, die unser Land braucht.

Wir rufen alle Bürger der DDR zu aktivem und verantwortlichem Verhalten auf. Gerade die tief in alle gesellschaftlichen Gliederungen eingedrungene Resignation und die mißtrauische Reaktion der politischen Führung erfordern in den nächsten Monaten die Wiederbelebung der demokratischen Aktivität aller Bürger in allen vorhandenen Strukturen.

Berlin, den 7. 10. 1989

Stellungnahme des NEUEN FORUM

Zur Erklärung des Politbüros der SED

Das NEUE FORUM begrüßt die Verlautbarungen des Politbüros der SED als ein erstes Zeichen, sich mit den angestauten und tiefgreifenden Problemen der Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Wie in den letzten Monaten unwiderlegbar deutlich wurde, konnten die vorhandenen Parteien und Massenorganisationen in der DDR den umfassenden Dialog innerhalb der Gesellschaft sowie zwischen der Gesellschaft und der Parteiführung der SED gar nicht oder nur unzureichend führen.

Es gab seit Jahren und Jahrzehnten Vorschläge, Meinungen und Kritiken in Bezug auf die Medienpolitik, die Zensur, die Reisemöglichkeiten, die Versammlungsfreiheit und den Meinungspluralismus. Aber die allermeisten dieser Äußerungen sind wirkungslos geblieben.

Eben dieser Zustand hat die allgemeine Resignation und das Gefühl der Perspektivlosigkeit dieser Gesellschaft hervorgerufen, was in den Massenausreisen seinen bisher deutlichsten Ausdruck fand. Wenn das Politbüro der SED jetzt einen echten Dialog mit der Bevölkerung, mit den unterschiedlichsten Kräften und Strömungen innerhalb der Gesellschaft sucht, besteht die Gefahr, daß auch dieser Ansatz wieder durch die vorhandenen Strukturen erstickt wird.

Deshalb muß ein echter Dialog institutionalisiert werden!

Es müssen die juristischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, daß Meinungsäußerungen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und Parteien nicht mit der Anschuldigung der Staats- und Verfassungsfeindlichkeit von vornherein zum Schweigen

gebracht werden. Wir möchten bekennen, daß ein Dialog für uns unvorstellbar ist, solange Menschen unter politischen Strafvorwürfen in Haft sind. Voraussetzung für jedes Gespräch ist die Freilassung aller bei den Demonstrationen Inhaftierten, die Einstellung der Ermittlungsverfahren, die Aufhebung der Strafbefehle und Ordnungsstrafen. Echter Dialog bedeutet:

1. Zulassung des NEUEN FORUM und aller anderen Basisgruppen, Parteien und Bürgerinitiativen, die sich für die Demokratisierung der Gesellschaft einsetzen,
2. Zugang zu den Massenmedien,
3. Pressefreiheit und Abschaffung der Zensur,
4. Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit.

Dieser echte gesellschaftliche Dialog hat auf allen Ebenen gewaltfrei zu erfolgen, bei Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der DDR, bei strikter Abweisung aller rechtsradikalen und faschistischen Haltungen, auf dem Boden der Verfassung.

Berlin, den 12. Oktober 1989

Privilegien

Wir hören Klagen, erhalten Beschwerdebriefe. Über ungleiche Verteilung von Gütern und Dienstleistungen: Reisen, Import-Kfz's, Hotelbetten, Luxuselektronik bis hin zu Dosenbier.

Hierzu ein Wort:

Es kann nicht um Neid und Verpetzen gehen! Vielmehr zeigen die Klagen, wie tief das Gefühl für soziale Gerechtigkeit und Gleichbehandlung in unserer Bevölkerung ist.

Wir müssen uns klarmachen, daß Umverteilung keine Gerechtigkeit herstellen kann. Fünfhundert Krankenhausbetten, zehntausend Bierdosen kann man nicht so verteilen, daß jeder etwas abbekommt. Auch zwanzigtausend Volkswagen werden mehr Zukurzgekommene als Zufriedene erzeugen. Es geht nicht um Konsumspritzen, sondern um gerechte Verteilung unseres Reichtums und unseres Mangels. Regierungsdienstwagen der Marke „Wartburg", nicht Import-Limousinen können die Glaubwürdigkeit unserer Führung erhöhen. Die Abschaffung von Privilegien ist ein moralisches, kein Umverteilungsproblem!

NEUES FORUM, 23. 10. 1989

Aufruf des NEUEN FORUM

Zur Volkskammersitzung am 24. Oktober 1989

Wir fordern die Abgeordneten der Volkskammer auf, sich der Bedeutung ihrer Stimmabgabe für die Erneuerung der politischen Kultur unseres Landes bewußt zu sein und aus der unwürdigen Rolle einer Zustimmungsmaschine herauszutreten.

Nur eine verantwortungsbewußt beratende Volkskammer kann auch den gesellschaftlichen Dialog verantwortlich führen.

Können die Abgeordneten es mit ihrem Wählerauftrag vereinbaren, den Abgeordneten Egon Krenz in die Funktion des Staatsoberhauptes zu wählen? Der Abgeordnete Krenz war Vorsitzender der Wahlkommission, die die Manipulation des Wahlergebnisses vom 7. 5. 1989 verantwortet. Er war in seiner bisherigen Funktion als Sekretär des ZK für die Einsatzweise der polizeilichen und anderen Sicherheitskräfte verantwortlich.

Wir fordern die Abgeordneten der Volkskammer auf:

- einen Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der veröffentlichten Ergebnisse der Kommunalwahlen zu bilden,
- einen Untersuchungsauschuß zur Aufklärung und Ahndung von Übergriffen am 6. 10. – 9. 10. einzusetzen.

Nach den Erfahrungen der Vergangenheit halten wir die Kon2entration von hohen Partei- und Staatsfunktionen in einer Person grundsätzlich für bedenklich.

NEUES FORUM, 23. 10. 1989

Erklärung des NEUEN FORUM

Zur Medienreform

Die neue Führung hat eine große Wende ausgerufen und unternimmt Anstrengungen, dafür Glaubwürdigkeit zu erwerben. Wir begrüßen diesen Wechsel.

Es bleiben kritische Fragen. Auch sie müssen beantwortet werden, wenn wir Vertrauen in die Wende gewinnen sollen.

Die erste Frage: Glasnost auf Knopfdruck? Innerhalb von 24 Stunden? Wieviele Wetterfahnen sind da umgeschwenkt? Wie konnten so viele im Apparat, in der Regierung, in der Volkskammer, in den „bewährten Formen und Foren“ so lange sprachlos sein und wie durch eine Wunderheilung die flüssige Rede wiederfinden? Wer garantiert, daß nicht mit dem nächsten Knopfdruck dieser Schweigechor erneut einsetzt?

Welche Kontrolleinrichtungen sind notwendig, um das in Zukunft zu verhindern? Hier sind Antwortvorschläge:

Schafft ein, zwei, drei, ... viele neue Foren, in denen Bürger Fragen stellen und Verantwortliche Antwort stehen können, ebenso aber auch Regierende die Probleme darlegen und die Bürger Lösungen diskutieren und auswerten können. Erkennt das NEUE FORUM an!

Verlangt von ihm, daß es seinen Status an die Verfassung anbindet, aber gebt ihm das Recht, sich über brennende Probleme zu äußern. Daß es mit Eingaben die Volkskammerausschüsse aufwecken kann, wenn diese wieder einschlafen. Daß es die Parteiführer einladen kann, wenn sich in deren Verantwortungsbereich Hindernisse auftürmen. Daß es in den Medien Fragen stellen ‘und Anhörungen organisieren kann und eine eigene Zeitung herausgeben kann.

Das NEUE FORUM will kein Meckerklub werden, sondern die Arbeit der Verantwortlichen von Partei und Regierung kontrollieren und qualifizieren helfen!

NEUES FORUM, 23. 10. 1989

Liebe Freundinnen und Freunde des NEUEN FORUM!

Die Theater- und Kulturschaffenden sind von ihren Gewerkschaftsvertrauensleuten für Sonnabend, den 4. 11. 1989 zu einer Demonstration in Berlin aufgerufen.

Die Demo soll um 10.00 Uhr vor dem ADN-Gebäude beginnen und mit einem Abschlußmeeting enden, das auf dem Alex in der Zeit von 12.00 bis 14.30 Uhr stattfinden wird.

Es geht um eine Demonstration für die Durchsetzung der Paragraphen 27 und 28 unserer Verfassung:

Paragraph 27: Unser Recht auf freie Meinungsäußerung und die Freiheit von Presse, Rundfunk und Fernsehen in unserem Land

Paragraph 28: Unser Recht auf Versammlungsfreiheit

Das NEUE FORUM solidarisiert sich mit dieser Demonstration. Darüber hinaus halten wir folgende Forderungen in diesen Tagen für wesentlich:

- Zulassung des NEUEN FORUM und eine Zeitung für das NEUE FORUM,
- Wiederholung der Kommunalwahlen,
- Grundlegende Reform der Volksbildung,
- Rehabilitierung aller politischen Gefangenen, Amnestie als Gnadenakt reicht nicht aus.

Für eine Erneuerung in unserem Land. Beginnen wir mit dem Tapezieren! Schreibt Eure Forderungen auf Tapetenrollen und bringt sie zur Demo mit!

Das NEUE FORUM ruft alle auf, weiterhin besonnen und verantwortungsbewußt zu handeln. Wir bitten Euch, den von den Veranstaltern beabsichtigten Ablauf einzuhalten.

Für eine wirkungsvolle und friedliche Umgestaltung in unserem Land! Für eine phantasievolle und gewaltfreie Demo am Sonnabend!

Für das NEUE FORUM
Reinhard Schult
Jens Reich

Argumente für den „Dialog“

Das NEUE FORUM arbeitet auf der Grundlage unserer Verfassung. Es will die politische Willensbildung und demokratische Willensäußerung über die Ziele unserer Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten ermöglichen;

Alle Reformmaßnahmen setzen eine öffentliche Aussprache voraus, damit die Bevölkerung sie versteht und mitträgt.

Das NEUE FORUM muß zugelassen werden!

Das NEUE FORUM braucht eine eigene Zeitung und Zugang zu den Medien!

Was braucht unsere Gesellschaft? Was benötigt unser Land?

- Wir brauchen Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und eine tiefgreifende Medienreform.
- Wir brauchen Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit.
- Wir brauchen eine gründliche Reform des Wahlrechts.
- Unabdingbar ist eine umfassende Rechtsreform, besonders der politischen Strafjustiz und des Strafvollzuges.
- Wir brauchen volle Freizügigkeit für jeden, auch für die Jugend. Unser Verhältnis zu Reisen, Auswanderung und Heimkehr muß vom Kopf auf die Füße gestellt und aus dem Umfeld von Verrat und Verbrechen geholt werden.
- Wir brauchen die Offenlegung und den Abbau aller Vergünstigungen und Privilegien. Es darf weder Territorien noch Bevölkerungsschichten mit Sonderversorgung geben.
- Der Wehrdienst muß entrümpelt und reformiert werden. Die Wehrpflicht muß erheblich verkürzt werden (max. 12 Monate). Wir brauchen einen sozialen Ersatzdienst.
- Wir brauchen eine parlamentarische Kontrolle der Polizei- und Sicherheitsorgane. Sie müssen drastisch auf das Maß der tatsächlichen Bedrohung durch Kriminalität reduziert werden.
- Staat und Gesellschaft müssen entflochten und entfilzt werden. Es gibt zuviel Administration und Bürokratie. Die Gemeinden und Kreise müssen selbständiger werden.
- Wir brauchen den Aufbruch von Erziehung und Volksbildung aus der Erstarrung in Disziplin und Langeweile.
- Ein Drittel unserer Gesellschaft sind alte Menschen, Kranke und Behinderte. Ihnen müssen ein menschenwürdiges Leben und soziale Gleichberechtigung garantiert sein.

Die Bevölkerung muß rückhaltlos über den wahren Zustand von Wirtschaft, Umwelt und sozialen Verhältnissen aufgeklärt werden.

Wir wollen keine Krisenverschleierung durch Konsumspritzen, die nur die Staatsverschuldung weiter erhöhen.

Schluß mit der Geheimniskrämerei um lebenswichtige Informationen und Daten! Der Wirtschaftskrise muß durch Abbau unproduktiver Staatsausgaben, nicht durch sozialen Abbau begegnet werden!

Wir brauchen eine grundsätzliche Neuorientierung der Wirtschaftspolitik. Der Umweltschutz muß neben der sozialen Gerechtigkeit zum Grundwert entwickelt werden.

Für die Initiativgruppe NEUES FORUM
Klaus Wolfram, Berlin / Michael Göbel, Berlin / Andreas Schönfelder, Großhennersdorf / Lothar Imme, Berlin
Berlin, 28. 10. 1989

Leserbrief an „Neues Deutschland“ (nicht veröffentlicht)

Eine Auskunft über Biermann!

Ich wurde gefragt: „Welches Recht hat Frau Bohley, so etwas in die DDR einzuladen?“ (ND 27. 10. 1989, S. 2)

Ich habe Wolf Biermann eingeladen, weil er das Recht hat, daß das Unrecht von 1976 wieder gutgemacht wird. Der damalige Beschluß des Politbüros wird heute, wie ich hörte, als

Fehler angesehen. Und Fehler müssen zugegeben werden, wenn die „Wende“ glaubwürdig sein soll. Biermann ist ein Dichter und kein Politiker, und seine Sprache ist entstanden aus seinen Erfahrungen.

Ich verstehe wahrscheinlich seine Sprache deshalb so gut, weil ich auch schlechte Erfahrungen in unserem Land gemacht habe.

Wenn Biermann Veränderungen bei uns miterleben könnte, würde sich vielleicht auch seine Sprache ändern. Er hat 1980 ein Gedicht geschrieben, aus dem ich eine Strophe zitiere:

Wenn die neue Zeit mal nicht mehr
Bloß auf roten Pappen steht
Wenn es eines wirklich schönen
Tages drüben besser geht
– du, dann wirds mir hier im Westen
Sehr gemischt und elend gehn
Wie so viele, die von drüben
Kamen, werd ich alt aussehn
– alt und froh. Ich werde stammeln:
Das, wofür ich dort gestritten,
Jetzt wirds Wahrheit? Ja, ich habe
All das nicht umsonst gelitten
Meine Leute sind das, die da
Jetzt in Leipzig und in Dresden
Ungeniert die Wahrheit sagen
Und das sind auch meine alten
Treuen Feinde, die jetzt zittern
– denen gehts jetzt an den Kragen!

Wären nicht die „alten treuen Feinde“ verpflichtet, Biermann einzuladen, um ihn zu überzeugen, daß sie seine „neuen Freunde“ sind?

Bärbel Bohley

Liebe Freundinnen und Freunde in der ČSSR!

Seit Jahren seid Ihr uns Ermutigung und Hoffnung im Kampf um gesellschaftliche Veränderung. Wenn auch unter verschiedenen Bedingungen, so ist doch unsere Situation ähnlich. Wir lebten und leben unter neostalinistischen Verhältnissen! Mit Wut und Empörung haben wir die Knüppelorgie Eurer Sicherheitsorgane gesehen. In der DDR gehen endlich Hunderttausende auf die Straße und demonstrieren für Veränderungen in unserem Land. Auch hier bei uns hat man versucht, die Anfänge dieser Bewegung niederzuknüppeln.

Wir sind davon überzeugt, daß auch bei Euch andere Zeiten kommen werden und der Prager Frühling endlich seinen Sommer hat.

Berlin, den 30. 10. 1989
Für die Initiativgruppe NEUES FORUM
Bärbel Bohley
Reinhard Schult

Zur Amnestie vom 27.10.1989

Am 27. Oktober verkündete die Regierung eine Amnestie für Menschen, die wegen „ungesetzlichen Grenzübertritts“ und „Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung im Zusammenhang mit demonstrativen Ansammlungen“ verfolgt wurden.

Amnestie bedeutet keinen Freispruch, sondern wird als Gnade gewährt. Sie kann nicht vergessen machen, wie noch vor wenigen Tagen mit politisch Andersdenkenden umgegangen wurde.

Wir erwarten deshalb:

- die Wiedergutmachung für körperliche, seelische und materielle Schäden,
- die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission zur Aufklärung staatlicher Gewalt um den 7. Oktober,
- Konsequenzen für die politisch Verantwortlichen,
- eine umfassende Strafrechtsreform, die aus Gnade Recht macht.

Berlin, den 30. 10. 1989 Für die Initiativgruppe
NEUES FORUM
Eberhard Seidel

Stellungnahme

Zur Bestätigung der Anmeldung

Wir haben vom Innenministerium die Bestätigung der Anmeldung des NEUEN FORUM als Vereinigung erhalten.

Damit korrigiert das Ministerium seine Einschätzung, für das NEUE FORUM bestünde keine gesellschaftliche Notwendigkeit.

Vielmehr wird die Meinung von Zehntausenden DDR-Bürgern respektiert, die durch Unterschrift ihre Mitarbeit im NEUEN FORUM angeboten haben. Danach bieten die bestehenden Parteien, Massenorganisationen und die Nationale Front keine glaubwürdige Plattform für den Dialog.

Mit der Bestätigung der Anmeldung beginnen wir unsere Gründungshandlungen. Wir werden ein Statut erarbeiten, das das NEUE FORUM als Bewegung charakterisiert, die die Erkenntnisse aus dem ehrlichen Dialog als programmatische Forderung, Vorschlag oder Konzept in politisches Handeln umsetzt. In diese Gründungshandlungen sind alle Gruppierungen, die in der DDR unter dem Namen NEUES FORUM arbeiten, einbezogen.

Mit der jetzt erfolgten Bestätigung der Anmeldung des NEUEN FORUM verbindet sich zwingend die Forderung, andere oppositionelle Gruppierungen und Parteien zu legalisieren. Nur eine pluralistische Gesellschaft eröffnet die Möglichkeit einer tiefgreifenden und, dauerhaften Umgestaltung in der DDR. Das Gegenteil einer solchen Vielfalt wäre nicht Einheit, sondern Einfalt.

Das NEUE FORUM strebt die Zusammenarbeit mit allen oppositionellen Parteien und Gruppierungen an, die glaubwürdig für demokratische Grundrechte in unserem Land eintreten.

Eine wichtige Form dieser Zusammenarbeit sind Wahlbündnisse. Wir meinen, daß nur durch freie Wahlen, die die Möglichkeit der Auswahl zwischen unterschiedlichsten Programmen und Personen bieten, eine wahre Volksvertretung auf allen Ebenen entstehen kann. Der Anspruch auf das Wahrheits-, Macht- und Führungsmonopol durch nur eine politische Kraft hat sich als schädlich erwiesen. Ein wichtiges Arbeitsmittel des NEUEN FORUM ist eine eigene unabhängige und überregionale Zeitung. Dadurch werden wir in die Lage versetzt, Ergebnisse des Dialogs öffentlich zu mache, programmatische Forderungen DDR-weit zu publizieren, Macht zu kontrollieren und uns selbst durch Hinweise und Kritiken zu korrigieren. Die Beantragung einer entsprechenden Lizenz ist ein wichtiger Teil unserer Gründungshandlungen.

Zum Abschluß dieser Gründungshandlungen wird eine Landes(delegierten)versammlung durch Bestätigung des Statuts, Formulierung der nächsten Aufgaben und Wahl der Sprecher des NEUEN FORUM als starke, unabhängige politische Kraft in der DDR etabliert.

8. 11. 1989
Für die Initiativgruppe
Bärbel Bohley
Sebastian Pflugbeil
Eberhard Seidel

Die Mauer ist gefallen

Auf diesen Tag haben wir fast 30 Jahre gewartet! Mauerkrank haben wir an den Gitterstäben des Käfigs gerüttelt. Die Jugend wuchs mit dem Traum auf, einst frei zu werden und die Welt zu erfahren. Dieser Traum wird jetzt erfüllbar sein: Es ist ein Festtag für uns alle!

Der Alltag wird wiederkehren. Die offene Grenze wird das politische Chaos und die desolate Wirtschaftslage kraß zutage bringen, die die abgetretene Politbürokratie hinterlassen hat. Wer vor 1961 schon dabei war, kennt die Auswirkungen, die uns drohen: Jagd nach der durch schiefes Preissystem überbewerteten DM, die zur Leitwährung für Dienstleistungen, Reparaturen und Mangelwaren wird; Ausverkauf unserer Werte und Güter an westliche Unternehmer (direkt oder indirekt); Grenzgängertum, Schwarzhandel und Devisenschmuggel (insbesondere in Berlin). Unsere Erholungsgebiete werden vom Westmarktourismus überfüllt werden, sicher auch die Sanatorien und Spezialkrankenhäuser von Westmarkpatienten. Unser Geld, das durch Tausch abfließt, wird wiederkehren, preisgestützte Waren aufspüren und die Inflation aufheizen. All das bedroht die sozial schwächere Hälfte der Bevölkerung, während die Westgeld-Löwen oben schwimmen und immer reicher werden.

Wir wollen jetzt keine Panik erzeugen. Wir stemmen uns auch nicht gegen die dringend notwendige Wirtschaftskooperation mit dem Westen. Wir rufen nicht nach Anordnungen und Verboten, die ohnehin nicht greifen werden. Wir rufen aber dazu auf, die drohenden Krisenfolgen nicht hinzunehmen.

Bürgerinnen und Bürger der DDR!

Eure spontanen und furchtlosen Willensbekundungen im ganzen Land haben eine friedliche Revolution in Gang gesetzt, haben das Politbüro gestürzt und die Mauer durchbrochen.

Laßt Euch nicht von den Forderungen nach einem politischen Neuaufbau der Gesellschaft ablenken! Ihr wurdet weder zum Bau der Mauer noch zu ihrer Öffnung befragt, laßt Euch jetzt kein Sanierungskonzept aufdrängen, das uns zum Hinterhof und zur Billiglohnquelle des Westens macht! Achtet genau darauf, wem die Jetzt eintretenden Unternehmungen und Geschäfte Vorteil bringen werden und wie hoch die sozialen Kosten sind. Laßt das Land nicht verhökern und Euch nicht als Mietsklaven verdingen!

Wir werden für längere Zeit arm bleiben, aber wir wollen keine Gesellschaft haben, in der Schieber und Ellenbogentypen den Rahm abschöpfen. Ihr seid die Helden einer politischen Revolution, laßt Euch jetzt nicht ruhigstellen durch Reisen und schuldenerhöhende Konsumspritzen!

Fordert die Erfüllung der politischen Reformen und die Ausarbeitung eines sozialverträglichen Wirtschaftskonzepts. Verlangt freie Wahlen für eine echte Volksvertretung ohne vorgeschriebene Führungsrolle, verlangt ein Verfassungsgericht, verlangt die Freiheit des Wortes und der Presse, eine Justizreform, eine Bildungsreform, unabhängige Gewerkschaften; fordert die sofortige schonungslose Offenlegung der tatsächlichen Wirtschaftslage. Laßt nicht zu, daß die Politbürokratie sich aus ihrer Verantwortung davonstiehlt und Euch das Auslöffeln der Suppe überläßt!

12. 11. 1989

Für die Initiativgruppe NEUES FORUM

Jens Reich, Sebastian Pflugbeil, Bärbel Bohley, Reinhard Schult, Eberhard Seidel, Jutta Seidel

Offenlegung unserer wirtschaftlichen Situation!

Noch vor zwei Monaten erfreute sich unser ökonomischer Organismus in der offiziellen Berichterstattung bester Gesundheit. Nun mehren sich jedoch zusehends die Expertenstimmen, die sagen, dies wäre ein Trugbild, unsere Ökonomie sei nicht nur schwach, sondern krank, ja vielleicht sogar todeskrank. Gerüchte sickern durch: Es heißt, bis Ende 1990 würde unsere Bruttoverschuldung auf etwa 24 Mrd. Dollar ansteigen, womit wir dann eine größere Pro-Kopf-Verschuldung als die VR Polen erreicht hätten. Dichtung, Wahrheit, Halbwahrheit oder Lüge – wer weiß Genaues?

Wie geht es weiter?

Wir sind das Volk, wir wollen nicht als wirtschaftspolitische Versuchskaninchen in hektischen Wirtschaftsreformen geopfert werden. Als mündige Bürger haben wir ein Recht auf die Offenlegung unserer wirtschaftlichen Situation. Wir brauchen die ganze, ungeschminkte Wahrheit, so bitter und so schmerzlich sie auch sein mag.

Für eine Veränderung reichen das Wissen der Wirtschaftstheoretiker und die Kunst der Wirtschaftspolitiker nicht aus. Nötig ist vor allem der tatkräftige, leistungsstarke Eingriff der Millionen fleißiger Bürger unseres Landes. Die Kraft für einen solchen Eingriff speist sich nicht aus blindem Vertrauen, sondern aus umfassender Kenntnis und Kompetenz. Deshalb fordern wir:

1. Sofortige Bildung einer Sonderkommission zur Erarbeitung einer detaillierten „volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1970–1988“ unter Einbeziehung partei-unabhängiger Fachleute.
2. Befristete Delegierung von Spezialisten aus den Universitäten, Hochschulen und Akademie-Instituten sowie der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik für die Arbeit in der Kommission.
3. Konzentration auf solche inhaltlichen Schwerpunkte wie:
   — detaillierte Darstellung der Quellen und des Einsatzes des „verwendeten Nationaleinkommens“, einschließlich der Mittel für die Finanzierung der Parteien und Massenorganisationen sowie der Staats- und Sicherheitsorgane.
   — präzise Aufschlüsselung der „Devisenverwendung“ unter besonderer Berücksichtigung der Mittel für Parteien, Massenorganisationen, Staats- und Sicherheitsorgane sowie volkswirtschaftliche Großinvestitionen (z. B. Mikroelektronik)
   — genaue Untergliederung der Export- und Importstruktur nach Warengruppen
   — differenzierte Übersicht über die Brutto- und Nettoverschuldung
   — exakter Ausweis der Inflationsrate und der Haushaltsverschuldung
   — feinuntergliederte Aufstellung der „Einkommensgruppen nach sozialen Schichten“, einschließlich der in Parteien, Massenorganisationen, Staats- und Sicherheitsorganen Tätigen.

Daten, Kader, Technik, Sachkunde und Arbeitsbereitschaft sind vorhanden. Der wirtschaftliche Zustand unseres Landes muß sofort analysiert und öffentlich gemacht werden. Wir alle brauchen exakte Kenntnis über den wirtschaftlichen Zustand unseres Landes, um an seiner Erneuerung mitwirken zu können!

Berlin, den 13. 11. 1989
Lutz Marz / Reiner Weidmann / Christian Tietze
(Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik)

Zum Wiedervereinigungsplan der pluralistischen Rechten

Wir denken nicht daran, nachdem wir uns aus den Klauen des Stalinismus befreit haben, mit wehenden Fahnen in die soziale Ungerechtigkeit der $^2/_3$-Gesellschaft eines Herrn Kohl überzulaufen.

Wir wollen die zur Zeit einmalige und wahrscheinlich letzte Chance wahrnehmen, um eine gerechte Gesellschaftsordnung aufzubauen, in der nicht die KOHLe das Maß aller Dinge ist.

28. 11. 1989
Für die revolutionären Basisgruppen des NEUEN FORUM
Steffen Steinbacher, Martina Krone, Michael Günther

Mehr Solidarität!

Liebe Freunde, mit großer Besorgnis verfolgen wir die Kampagne gegen die Ausländer in der DDR. Kein Schutz für Spekulanten, aber auch kein Verständnis dafür, daß mitten auf dem Alex Polen durchsucht werden. Wollen wir im Ausland auch so behandelt werden?

Freunde, Kollegen!

Laßt Euch nicht für dumm verkaufen!

Wer hat eine Wirtschaft zustande gebracht, in der alles zusammenbricht – angeblich deshalb, weil ein Pole 10 Tafeln Schokolade, ein Russe 3 Paar Schuhe, ein Bulgare ein Moped und ein Vietnamese ein Fahrrad, wie es so schön heißt, „abgekauft" haben?

Wie verkraftet dann Westberlin Millionen von DDR-Besuchern? Wer verschleudert unsere Produkte im Westen zu Dumpingpreisen?

Wer schickt unsere Bauarbeiter für Billiglohn in den Westen arbeiten? Wem gehören Forum, Antiquitätenhandel, Genex, Limex und wie sie alle heißen?

Wer ist der größte Spekulant?

Wer versucht, durch Hetzkampagnen Schuld von sich selbst auf Ausländer zu schieben?

Wer versucht, uns vom politischen Kampf abzulenken?

Freunde, Kollegen! Mehr Solidarität für Eure ausländischen Mitbürger!

Euer freundliches Wort, Euer freundlicher Blick werden jetzt mehr denn je benötigt!

30. 11. 1989
Alexej Udelnow
Für das NEUE FORUM Berlin
Uwe Radloff, Uli Falkenhagen
Reinhard Schult

Aufruf

Die Vertreter der neuen gesellschaftlichen Gruppen und Parteien wenden sich an alle Bürgerinnen und Bürger der DDR.

Wir haben erfahren, daß angesichts der Staatskrise

– wichtige Finanzwerte und Sachwerte ins Ausland verbracht werden
– wesentliche Akten, und Daten vernichtet werden
– verantwortliche Personen sich ins Ausland abzusetzen versuchen.

Diese Absetzbewegungen und Verschleierungsversuche müssen verhindert werden!

Bürgerinnen und Bürger!
Ihr wißt, in welchen Betrieben, Banken und Institutionen die Möglichkeiten zu solchen Praktiken gegeben sind.

Wir wenden uns insbesondere an die Mitarbeiter der zum Bereich Kommerzielle Koordinierung gehörenden Betriebe.

Ruft Belegschaftsversammlungen zusammen, die Kontrollgruppen für die Verhinderung solcher Machenschaften einsetzen.

Informiert die Deutsche Volkspolizei und die Öffentlichkeit!

Verständigt Euch mit anderen Betrieben und mit Bürgerbewegungen Eures Vertrauens!

Beschließt wo nötig gemeinsame Kontrollmaßnahmen und sorgt für deren Öffentlichkeit!

Wir haben eine unabhängige Untersuchungskommission gebildet, die mit der Regierung Modrow zusammenarbeitet und dringend alle Informationen braucht! Wir haben die Regierung Modrow aufgefordert, Eure Bürgerkontrolle im Wirtschafts- und Staatsapparat zu unterstützen.

Nach wie vor gilt: Keine Gewalt!

Nutzt für Berlin das Informationstelefon: 28 28 403/425

Adresse: Sophienstraße 19, und wendet 'Euch direkt an das Präsidium der Deutschen Volkspolizei Berlin, Tel. Nr.: 2 47 22 15.

Initiativgruppe 4. 11. der Theater- und Kulturschaffenden Berlins – SDP – NEUES FORUM – Demokratischer Aufbruch – Demokratie jetzt – Initiativgruppe Wissenschaft der Akademie der Wissenschaften – Initiative Frieden und Menschenrechte

4. 12. 1989

Innere Abrüstung jetzt

Die Bürgerkontrolle der Staatssicherheit ist ein wichtiger und großer Schritt zur Demokratisierung der Gesellschaft. Die Berechtigung der Bürgerkontrolle wird durch die Gewaltlosigkeit der Staatsorgane anerkannt.

Justizorgane und Volkspolizei beginnen mit der Bürgerkontrolle zusammenzuarbeiten.

Wir unterstützen die Kontrollaktionen in allen Städten und begrüßen die Gewaltlosigkeit auf beiden Seiten. Der Rechtsstaat für alle ist unser Hauptziel! Das Recht, das uns endlich schützen soll, wollen wir auch gewähren! Wir wollen Recht und keine Rache! Wir fordern die vollständige Auflösung der nach innen gerichteten Strukturen der Staatssicherheit!

Die Staats- und verwaltungsrechtlichen Vollmachten der nach innen arbeitenden Abteilungen sind sofort außer Kraft zu setzen. Wir fordern die sofortige Streichung der Willkürparagraphen des politischen Strafrechts.

Unter der Kontrolle eines gemeinsamen vereidigten Ausschusses müssen die Funktionen, die der tatsächlichen Bedrohung durch Kriminalität und neonazistische Tendenzen angemessen sind, dem Ministerium des Inneren zugeordnet werden.

Die Aufsicht über die Rechtsstaatlichkeit dieser Arbeit wird der gemeinsame Ausschuß erst an eine neue Volkskammer abgeben!

Rechtsstaatlichkeit ist die beste Staatssicherheit!
Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltfreiheit!

Für den Landssprecherrat des NEUEN FORUM
Bärbel Bohley, Sebastian Pflugbeil, Jens Reich, Reinhard Schult, Klaus Wolfram

Berlin, den 5. 12. 1989

Grundsatzpapier

Liebe Mitglieder des NEUEN FORUM!
Vor mehr als drei Monaten sind wir gemeinsam aufgebrochen, um einen Ausweg aus der Krise unseres Landes zu suchen. In unserem ersten Papier hatten wir Ziele und Widersprüche formuliert. Diesen Aufruf haben mehrere hunderttausend Menschen unterschrieben.

Es haben sich in den letzten Wochen und Monaten etwa ein Dutzend Parteien und Organisationen gebildet. Es ist zu erwarten, daß weitere hinzukommen werden. Der politische Einfluß der Opposition sinkt mit der zunehmenden Zahl der Parteien, deren Programme kaum voneinander zu unterscheiden sind. Eine solche Entwicklung nutzt nur dem alten Machtapparat.

Zum Politikverständnis des NEUEN FORUM

1. Nach 40 Jahren vormundschaftlichem Denken ist es notwendig, daß wir nicht länger mehr unsere Verantwortung an Parteien delegieren, sondern die Politik selber gestalten.

Basisdemokratie ist nicht nur gemeinsames Reden, sondern vor allem gemeinsames Erarbeiten polLtischer Lösungen und gemeinsames Handeln.

2. Die Erfahrungen und das Wissen von Mitgliedern aus mehreren Parteien und Organisationen sind wichtig – davon lebt das NEUE FORUM. Mitglieder anderer Organisationen sollen weiterhin in unseren Basis- und Themengruppen mitarbeiten können.
3. Uns ist der einzelne Mensch wichtig und seine moralische und politische Integrität ausschlaggebend. Uns ist das Gemeinsame wichtig, nicht das Trennende.

In einigen Tagen wird ein erster Programmentwurf vorliegen. Über diesen Entwurf wollen wir streiten. Hierbei sollen auch die Meinungen von Minderheiten berücksichtigt werden.

Zu den Wahlen

Es wird an einem neuen Wahlgesetz gearbeitet, und wir hören von den alten und neuen Parteien, daß in der nächsten Volkskammer nur noch Parteien vertreten sein sollen. Wenn nur über Parteilisten gewählt wird, hat der Bürger keinen Einfluß auf die Person, die ihn vertreten soll. Das bedeutet Parteiendiktatur. Wir halten das für eine Einschränkung der Demokratie.

Im Statutentwurf des NEUEN FORUM steht: „Mandate des NEUEN FORUM in Volksvertretungen können nur von Mitgliedern des NEUEN FORUM wahrgenommen werden, die keiner Partei angehören.“ Diese Formulierung stellt eindeutig klar, daß es im NEUEN FORUM keine Schleppmandate für andere politische Parteien geben wird.

Wir fordern, daß dies auch für andere Organisationen gelten muß. Das NEUE FORUM geht davon aus, daß das neue Wahlgesetz Parteien und Gruppen von Wahlberechtigten die Möglichkeit geben muß, eigene Kandidaten vorzuschlagen. Die Bevölkerung soll nicht nur Parteimitglieder, sondern auch parteilose Bürger und Bürgerinnen wählen können. Wir wollen Sachkompetenz und Bürgernähe fördern, nicht aber ein basisfernes Berufspolitikertum.

Das NEUE FORUM wird dafür kämpfen, daß es zur Wahl zugelassen wird, wenn nötig mittels Volksentscheid.

Die Bildung von sogenannten NEUEN-FORUM-Parteien in Thüringen, Karl-Marx-Stadt und Hellersdorf sind eigenmächtige Anmaßungen einzelner. Wir erklären, daß wir an der Absicht festhalten werden, eine Vereinigung zu gründen und keine Partei. Alle, die eine Partei gründen wollen, müssen dies außerhalb des NEUEN FORUM tun, denn das NEUE FORUM als Vereinigung kann rechtlich keine Partei sein. Zudem besteht die Möglichkeit, sich einer bereits bestehenden Partei anzuschließen.

Für den Ausschuß des Landessprecherrates: Bärbel Bohley, Rolf Henrich, Andreas Schönfelder, Reinhard Schult, Luise Schramm, Ilona Weber
16. 12. 1989

Zur Bildung eines gemeinsamen deutschen Staates

In der Vergangenheit haben die Völker deutschen Nationalismus als staatliche Aggression erfahren. Dies und die daraus resultierenden Ängste müssen wir ernst nehmen.

Das NEUE FORUM tritt ein für die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa und fordert dies auch von der Bundesregierung. Die Hauptprobleme unserer Welt – Friedenssicherung, Umweltbelastung, soziale und wirtschaftliche Verelendung – sind nicht nationalstaatlich zu lösen. Die Völker der Welt müssen enger zusammenrücken und ihre Verantwortung füreinander wahrnehmen. Wir treten ein für den Grundsatz: Eine Welt statt drei!

Das sollte uns nicht den Blick davor verschließen, daß beide deutsche Staaten in besonderer Weise – kulturell, geschichtlich, sprachlich, familiär – zueinander in Beziehung stehen.

Die Aufständischen von 1848 und 1918, der antifaschistische Widerstandskampf, die Betriebsräte-Bewegung in den Besatzungszonen, die Solidarität der Westberliner und der Westdeutschen mit den Aufständischen des 17. Juni 1953 und den Flüchtlingen nach dem 13. August 1961 sind Beispiele einer anderen deutschen Tradition und einer Solidargemeinschaft von unten.

Der Aufbruch und die Veränderungen in der DDR sind Erfolge der friedlichen Massendemonstrationen und des Selbstbewußtseins der Menschen in diesem Land.

Wir haben jetzt die Chance, mit dem stalinistischen Sumpf gewaltfrei, aber gründlich aufzuräumen und neu anzufangen. Wir distanzieren uns von denen, die Haß, Panik und nationalistische Stimmungen schüren. Wir sind für eine Neugestaltung der Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander.

Wiedervereinigung bedeutet ein Deutschland in den Grenzen von 1937! Vereinigung jetzt bedeutet für einige schnellen Wohlstand, für viele aber Arbeitslosigkeit, Verzicht auf Mitbestimmung, Mietwucher und darüber hinaus Legalisierung rechtsextremer und neofaschistischer Parteien und Organisationen.

Eine Vereinigung in der Zukunft kann nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung beider deutscher Staaten erfolgen. Voraussetzungen dafür sind:

- totale Entmilitarisierung und Neutralität ,
- Abschluß eines Friedensvertrages
- Garantie der Oder-Neiße-Grenze
- soziale Sicherheit für alle, Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnraum
- Demokratisierung, betriebliche und kommunale Mitbestimmung
- gerechte Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern der Dritten Welt.

Stabilität in Europa braucht zunächst eine stabile DDR. Für eine wirtschaftliche Stabilisierung brauchen wir Hilfe auch von außen.

Wir dürfen nicht aus der Konfrontation in eine Konföderation fallen. Was wir jetzt benötigen, ist Kooperation. Aber das Volk muß mitentscheiden und kontrollieren können, wofür die Hilfe verwendet wird: Für die partiellen Interessen Einzelner oder für eine ökologisch orientierte Wirtschaftsreform, für den Aufbau einer sozialen, gerechten Gesellschaft!

Für den Berliner Sprecherrat des NEUEN FORUM:
Ingrid Köppe, Uwe Radloff, Gabriele Kleiner, Reinhard Schult, Ingrid Brandenburg, Julia Hamburger, Martin Gaber, Bernd Albani, Klaus Brandenburg, Marianne Tietze

18. 12. 1989

ZUSÄTZE aus www.ddr89.de:

Zur Situation

Eine Erklärung des NEUEN FORUM Dresden vom 3. 11. 1989

Die Bevölkerung der DDR drängt auf klare unwiderrufliche Entscheidungen

Wir fordern die Volkskammer der DDR auf, die Durchführung einer Volksabstimmung über den in Artikel 1 der Verfassung verankerten Führungsanspruch der SED neu zu beschließen.

Wir fordern eine Änderung des Strafrechts, die das geltende Recht in Übereinstimmung bringt mit den Grundsätzen der Verfassung und den internationalen Konventionen vom 16.12.1966, über die zivilen und politischen Rechte.

Wir fordern die Legalisierung des NEUEN FORUMS und aller anderen demokratischen Gruppierungen.

Wir distanzieren uns von faschistischen, nationalistischen, antikommunistischen und rassistischen Tendenzen und Gruppen.

Nicht der Sozialismus in der DDR steht zur Diskussion, wohl aber die Art seiner Verwirklichung.

Wir wünschen, daß sich die Berliner u.a. Mitglieder des NEUEN FORUMS diesem Aufruf anschließen.

Neues Forum Gera formulierte Problemkatalog · es geht um Lebensqualität

Zwanzig handfeste Vorschläge mit Angebot zu kritischer Mitarbeit

Zur Verbesserung der Lebensqualität eines jeden Bürgers von Gera mit dem Ziel, zum bewussten und engagierten Leben in unserem Land und in unserer Stadt zu motivieren und die Ausreisewelle zu stoppen, fordert das Neue Forum Gera:

1. Das Leistungsprinzip muß in allen Bereichen konsequent durchgesetzt werden. Leitungsfunktionen und andere wichtige Positionen dürfen nicht mehr nach dei Parteizugehörigkeit, sondern ausschließlich nach der Leistung, der fachlichen Qualifikation und er menschlichen Integrität besetzt werden.

2. Die Arbeitszeit muß überall voll ausgenutzt werden. Die Auslastung der Arbeitszeit liegt im DDR-Durchschnitt bei 5 Stunden täglich (Leipziger Volkszeitung vom 25. 10. 89, S. 6). "Löhne und Gehälter werden für Abwesenheit, für pure Anwesenheit oder mangelhafte Erzeugnisse bezahlt." (Neue Zeit vom 25. 10. 89, S. 2).

Zum Ausgleich des durch Ausreise fehlenden Arbeitskräftepotentials schlagen wir vor: allmähliche Reduzierung des Staats-, Verwaltungs- und Parteiapparates, auch um Doppelentscheidungen und -bearbeitungen auszuschalten und ein Abschieben der Verantwortung zu verhindern.

3. Wir fordern Offenlegung und öffentliche Diskussionen der weiteren Perspektiven der Wismut und der sich ergebenden sozialen, ökonomischen, und ökologischen Auswirkungen.

4. Wir erwarten Information und offene Diskussion des Grades der Luftverschmutzung in Gera und der durch die Wismut entstehenden Radioaktivität (Niedrigstrahlung).

5. Die Lärm- und Abgasbelastung durch den Autoverkehr zur Hauptverkehrszeit im Bereich Clara-Zetkin-/ Ernst-Toller-Straße/Puschkinplatz stellt eine Belästigung der Bürger dar. Es sind Projekte nötig, den Fernverkehr aus dem Stadtzentrum zu verbannen. Denkbar wäre in der Perspektive eine Reichsbahn-Fernverbindung im 2-Stunden-Rhythmus in die Nachbarstädte Leipzig, Jena, Karl-Marx-Stadt.

6. Notwendig ist die Verbesserung der Qualität des Trinkwassers sowie Offenlegung und Diskussion der Schadstoffwerte im Wasser. Hierzu liegen - ebenso wäre über die Luft - Forschungsergebnisse vor, die aber umfassend publiziert werden müssen. Bleibt es ein Dauerzustand, daß Kleinkindern der Genuß von Mineralwasser empfohlen wird?

7. Dringend notwendig ist die Sanierung der vernachlässigten Altbaugebiete (Debschwitz, Ostvorstadt, Untermhaus) in absehbarer Frist. Das betrifft nicht nur die Häuserfassaden, sondern auch Treppenhäuser, Wohnungen, Innenhöfe, Straßen. Dies nicht nur aus ästhetischen Gründen, sondern wegen der Lebensqualität in diesen Wohngebieten, in denen nicht selten Kriminalität und Alkoholismus anzutreffen sind.

Wir schlagen eine Verminderung der Baukapazität für Berlin nach dem Beispiel von Leipzig vor bzw. die Aussetzung dieser Berlin-Hilfe für zwei Jahre, um unsere eigenen kommunalen Bauprobleme zu lösen.

8. Wir fordern eine radfahrerfreundliche Gestaltung unserer Stadt (Anlegung von Radwegen) und eine kinderfreundliche Atmosphäre (bessere Pflege der Kinderspielplätze). Im Jahre 1984 wurde durch den Bau der Forum-Kaufhalle in der Lessingstraße ein Kinderspielplatz beseitigt. Auf Eingaben von Bürgern hin wurde damals versichert, auf dem Abrissgrundstück Lessingstraße/Ecke Laasenerstraße entstünde ein Spielplatz. Das ist bis heute nicht geschehen!

9. Wir fordern eine Verbesserung des Fernsprechnetzes sowie eine entscheidende Verkürzung der unzumutbaren Wartezeit auf einen Telefonanschluß.

10. Das Angebot an Reparaturen und Dienstleistungen ist entscheidend zu verbessern. Es ist einer Großstadt unwürdig, wenn es 6 Wochen dauert, einen Film entwickeln zu lassen, wenn monatelang Ersatzteile für Toilettenspülkästen fehlen, wenn die Wartezeit zum Setzen eines Ofens 2 Jahre beträgt.

11. Die Verkaufs- und Gastronomie-Kultur ist durch schnelle und zuvorkommende Bedienung zu verbessern. Gleichgültiges Verhalten in diesen Bereichen verbittert die Bürger und muß als Verstoß gegen das Leistungsprinzip geahndet werden.

12. Die Versorgung mit frischem Obst und Gemüse ist zu verbessern und das Angebot auch in den späten Nachmittagsstunden aufrechtzuerhalten, damit Bürger davon wegkommen, während ihrer Arbeitszeit Einkäufe zu machen.

13. Herzlosigkeit, Bürokratismus, lange Wartezeiten und das Behandeln der Bürger als Bittsteller sind aus Dienststellen zu verbannen. Der Staat ist für den Bürger da - nicht der Bürger für den Staat !

14. Wir schlagen eine Intensivierung der Beziehungen zu unserer Partnerstadt Nürnberg vor. Diese Städtepartnerschaft ist bisher im öffentlichen Bewußtsein wenig präsent; sie sollte auf verschiedene Bereiche, Berufe, Interessengruppen ausgedehnt werden. Zu überlegen wäre eine eventuelle Einbindung Nürnberger Firmen bei der Geraer Altstadtsanierung.

15. Auch in unserer Stadt muß die Erziehung der Kinder zu selbständig denkenden Menschen begonnen werden; weg von vorgefaßten Meinungen, hin zu mehr Informationen, um eigenständig urteilen zu können. Es sollte überlegt werden, ob Fahnenappelle in ihrer disziplinierenden kasernenhaften Form noch zeitgemäß sind.

16. Wir erwarten die Verbesserung einer objektiven, sachlichen und kritischen Berichterstattung durch die "Volkswacht". So ist der offene Brief des Geraer Theaters an den Ministerrat bis jetzt nicht veröffentlicht. Es müßte überlegt werden, ob die Auflagenhöhe der Zeitungen der Blockparteien erhöht werden kann.

17. Der DDR-Politiker Otto Nuschke sagte in den 50er Jahren einmal, Rechtssicherheit sei die beste Staatssicherheit (Sonntag 43/89, S. 2). Da die Bezirksverwaltung der Staatssicherheit ihren großen Gebäudekomplex in der Klement-Gottwald-Straße bezogen hat, fragen wir an, ob sie nun das alte Gebäude in der Rudolf-Diener-Straße noch benötigt. Es könnte gut zu Wohn- oder Gewerbezwecken umfunktioniert werden.

18. Zu den Kommunalwahlen im Mai 1989 gab es auch in unserer Stadt undemokratische Vorgänge. Es muß dafür gesorgt werden, daß diese Erscheinungen in unserer Stadt ein für alle Mal der Vergangenheit angehören.

19. Wir brauchen mehr Bescheidenheit, Schlichtheit, Sachlichkeit in der äußeren Präsentation von Partei und Staat. Wir müssen weg von einstimmigen, vorgefertigten Manifestationen.

20. Wir schlagen vor: Die Stadtverordneten sollten öfter und öffentlich tagen. Vertreter von Gruppen und Bürgerinitiativen sollten die Möglichkeit erhalten, dort zu Wort zu kommen.

Neofaschismus – nein Danke!

Mit großer Sorge nehmen wir zur Kenntnis, daß in der jetzigen Aufbruchstimmung in unserem Land auch neofaschistische Kräfte sich formieren. Gefördert durch die Unfähigkeit der Exekutive dieses Staates werden von ihnen Demonstrationen kriminell unterwandert.

Durch ihr Auftreten werden weite kreise der Bevölkerung verunsichert.

Dieses Auftreten schadet dem demokratischen Erneuerungsprozeß in unserem Land und der Opposition!

Diese Gefahr ist mit allen politischen Mitteln zu begegnen. Dort jedoch, wo gewaltsames aggressives Auftreten erkennbar wird, rufen wir alle Bürger auf, die gesetzlichen Möglichkeiten zu unterstützen und Anzeige zu erstatten.

Landesdelegiertenkonferenz des NEUEN FORUM
Leipzig den 10. 12. 89

NEUES FORUM - 10. Partei oder Bürgerbewegung?

Gedanken vor der Wahl über Parteien, Mandate, Prozente

Die Wahl zwischen Rückzug auf die Datsche und Auswanderung aus dem Lande muss überwunden werden; wir sind für unser Land, für unseren Wohnort, für unseren "Kiez" mitverantwortlich, nicht nur bis zu unserer Wohnungstür und Grundstückgrenze!

Dazu brauchen wir eine politische Bürgerbewegung, die in kleinen Basisgruppen am Ort arbeitet, wo sich alle kennen und wo es nicht um hohe Politik geht, sondern um das, was uns unmittelbar angeht. Die wilde Müllkippe im Wald, die Schaumkrone auf dem Flüsschen, die den Atem beizende Luft, die Schlaglöcher auf der Chaussee, die fehlenden Pflegekräfte im Krankenhaus oder Altersheim, die Versorgung mit Lebensmitteln, die Bepflanzung des Schulhofes, Bäume, die nicht fallen sollen. Auch die alten Apparats und Behörden sind fest eingewachsen und werden sich nicht von allein roden. Das Verhältnis zwischen Ämtern und Bürgern muss entspannt wenden; es muss, nun sagen wir: sachlich bis freundlich werden. Beim Visumabholen und an der Grenze gibt es da schon erste erfreuliche Ergebnisse.

Wir müssen den neuen Staat von unten nach oben aufbauen, nicht nur durch Verordnungen "ganz oben". Da kann man der bürokratischen Hydra noch so viele Köpfe abhauen: Wenn es am Ort, im Betrieb, in der Schule, im Kindergarten nicht demokratisch wird, dann ist alles vergebens, alle Änderungen nur Kosmetik.

Parteien haben eine wichtige Funktion im Leben eines Staatswesens, und wir wollen sie nicht abschaffen. Aber eine reine Parteienlandschaft droht immer zu verkalken - die bekannte "Parteienmüdigkeit" zeigt das, mit der z B. die Bundesrepublik zu kämpfen hat. Wir brauchen auch freie Wählervereinigungen und unabhängige Abgeordnete. Gerade in unserem Lande haben wir schlechte Erfahrungen mit Parteien, die den Kontakt zum Volke verloren haben.

NEUES FORUM will also politische Verantwortung übernehmen, aber nicht eine Partei werden. Unser Kandidat für eine übergreifende Volksvertretung müsste parteilos sein, nur für das NEUE FORUM engagiert.

Wir müssen im neuen Wahlverfahren noch für eine weitere Festlegung eintreten: die konstruktive Abwahl! Wenn ein Abgeordneter das Vertrauen der Basis verloren hat, die ihn gewählt hat, dann muss es möglich sein, ihn durch eine außerordentliche Wahl zu ersetzen. Natürlich nicht aus irgend einer Laune, nicht alle drei Wochen, und wenn, dann nur mit einem hohen "Quotum" (d. h. vielen Unterschriften unter das Begehren) und großer Mehrheit bei der eigentlichen Abwahl.

Wer mit diesen Gedanken mitgehen kann, der wird auch einsehen, dass wir bei der Volkskammerwahl eine gute Mischung aus Personenwahl und Listenwahl brauchen. Etwa I00 000 Wahlberechtigte eines Kreises sollten je zwei direkte Mandate namentlich vergeben und je zwei weitere über eine Liste von Parteien und Organisationen. Die direkten Mandate sollten an namentlich (und mit Parteizugehörigkeit) bekannte Bürger gehen, wobei jeder Wähler mehr als eine Stimme haben könnte. Die Parteiliste wird nach dem Mehrheitsprinzip ausgewertet, also die "indirekten" Abgeordneten ziehen nach dem Prozentanteil der Partei/Organisation ein. Ich halte eine solche Liste deshalb für wichtig, weil neue Bewegungen auch dann schon Abgeordnete (und damit eine Entwicklungschance) erhalten sollten, wenn sie ihre Kandidaten in der Personalwahl gegen starke Parteien noch nicht durchbringen.

Es ist wahrscheinlich sinnvoll, einer Zersplitterung der politischen Kräfte entgegenzuwirken. In der Bundesrepublik hat man eine Fünf-Prozent-Klausel, die dies anstrebt. Nach meiner Meinung sollte zumindest für unsere erste Wahl eine niedrigere Schwelle angesetzt werden (1 oder 2 Prozent), um politische Kräfte nicht in den Keller zurückzuwerfen, die beim neuen Aufbruch eine Chance verdienen, sich aber in der kurzen Zeit noch nicht organisieren konnten.

Wir müssen uns auch für eine sinnvolle staatliche Finanzierung von Parteien, Wählervereinigungen und politische Organisationen einsetzen, auch für unhändige Kandidaten. Dass das zur Kostenerstattung und nicht zum Geldmachen ausreichen soll, versteht sich von selbst. Nur so bekommen wir Chancengleichheit, und nur so schließen wir aus, dass gewisse Parteien "von draußen" an die Brust genommen und genährt werden, während andere keine solche Amme finden!

Ich bin der Meinung, dass diese Position von jedem getragen werden kann, der die Grundidee des NEUEN FORUM gut findet, wie sie in den Gründungsaufrufen vom September enthalten war. Wir brauchen keine Parteigründung im NEUEN FORUM, schon gar nicht mehrere sozusagen in jedem Bezirk eine. Ich bin auch ganz entschieden der Meinung, dass unsere Grundanliegen erst in Ansätzen erfüllt sind. Wir können uns nicht in den Lehnstuhl setzen und anderen zusehen, wie sie sich abmühen, die alten Wurzeln auszugraben und den neuen Baum zu pflanzen. Noch ist die Kuh nicht vom Eis (wie siele Christoph Hein ausdrückte).

In einem möchte ich den Kritikern unserer Bürgerbewegung allerdings recht geben: Wir müssen disziplinierter werden. Natürlich gibt es Themen, zu denen jeder seine Meinung haben und auch öffentlich äußern darf. Aber es gibt andere Fälle, wo man entweder betonen muss, dass man für sich selbst spricht, oder sich an die gemeinsame Meinung des NEUEN FORUM hält.

Aber wir müssen Politik auch erst lernen. Unsere "erfahrenen" Politiker haben wir ja gerade zum größten Teil in den Ruhestand befördert. Einige sind unter Anklage. Hoffentlich lösen die neuen Bewegungen unseres Landes ihre Aufgabe, beim Aufbau eines freien Gemeinwesens mitzuhelfen. Bei aller Meinungsverschiedenheit ist das unsere gemeinsame Sache, und nur als demokratischer Staat sind wir in einer möglichen Konföderation und im Haus Europa willkommen. In Deutschland sind schon genug Revolutionen gescheitert - wir sollten endlich einmal eine erfolgreich zu Ende bringen!

27. 12. 89

Jens Reich

Erklärung zur Bildung eines Nachrichtendienstes und Verfassungsschutz der DDR

Die Regierungsinformation vom 14. Dezember 89 über die Bildung eines Nachrichtendienstes und eines Organs für Verfassungsschutz der DDR steht im Widerspruch zur Forderung der Teilnehmer des Runden Tisches, rechtzeitig vor wichtigen Entscheidungen von der Regierung informiert zu werden. Als Bestandteil der öffentlichen Kontrolle fordern wir von der Regierung konkrete Aussagen über den derzeitigen Stand der Einrichtung dieser Organe und ihre geplante Arbeitsweise.

1. Ein Organ zur Sicherung der verfassungsmäßigen Ordnung kann frühestens nach Inkrafttreten einer neuen Verfassung gebildet werden. Wir geben zu bedenken, dass die Verfassung einer wahren Demokratie nicht durch einen Apparat, sondern nur vom Volk geschützt werden kann.

2. Die Benennung der Aufgaben des Nachrichtendienstes und des Verfassungsschutzes in der Regierungserklärung ist unkonkret und damit unzureichend. Wir fordern von der Regierung eine präzise Funktions- und Befugnisbeschreibung dieser Organe und deren Mitarbeiter.

3. Wir fordern von der Regierung, die Abgrenzung dieser Organe zur Polizei zu benennen.

4. Wir fordern von der Regierung konkrete Mitteilungen über die Anzahl der Mitarbeiter dieser Organe, die Qualifikation der Mitarbeiter, die eventuelle Übernahme ehemaliger Mitarbeiter der Staatssicherheit beziehungsweise des Amtes für Nationale Sicherheit in den Verfassungsschutz und in den Nachrichtendienst. Und wir fordern die Mitteilung über die zu erwartenden und bereits geplanten Kosten für diese Organe.

5. Wir fordern von der Regierung Aussagen zu Kontrollmöglichkeiten über den Nachrichtendienst und über den Verfassungsschutz. Ohne Kontrolle besteht die Gefahr der Verselbständigung dieser Organe.

Vertreter des NEUEN FORUM in der 4. Sitzung des Runden Tisches am 27.12.1989

Erklärung

NEUES FORUM-Berlin zur Demonstration am 15. 1. 1990

Mit Demonstrationen und Streiks im ganzen Land protestieren die Bürger zu Recht gegen die undurchsichtige und schleppende Auflösung der Staatssicherheit und ihrer Nachfolgeeinrichtungen. Wir sind beunruhigt, dass der Verfassungsschutz schon arbeitet, obwohl seine Vollmachten völlig ungeregelt sind.

Auf unsere präzisen Fragen an dem Runden Tisch haben die Verantwortlichen nur ungenügend geantwortet.

Ministerpräsident Modrow hat dem Drängen der oppositionellen Gruppen und mehrerer Altparteien nachgegeben: Der Verfassungsschutz soll erst nach den Wahlen diskutiert werden.

Die Forderung nach Auflösung der bereits arbeitenden Dienststellen des Verfassungsschutzes blieb jedoch offen.

Aus diesen Gründen haben wir in Berlin dazu aufgerufen, für die sofortige Einstellung aller Stasi-Aktivitäten zu demonstrieren. Symbolisch wurde versucht, die Türen zuzumauern und nur zu diesem Zweck wurden Kalk und Steine mitgebracht.

Ein Vertreter des NEUEN FORUM hatte mit der VP-Inspektion Lichtenberg konkrete Absprachen zur gemeinsamen Sicherung der Demonstration getroffen:

- Ein ständiger Kontakt über Funk und Lautsprecher war geplant, wurde aber nicht realisiert.
- Das Tor zur Normannenstraße sollte durch Ordner des NEUEN FORUM gesichert werden, vor dem Tor in der Ruschestraße sollte ein Lautsprecherwagen der VP stehen. Für die Sicherung des Innengeländes war die VP zuständig. Die Verbindung nach innen sollte ebenfalls über Funk hergestellt werden.
- Die Schnelligkeit, mit der die Tore von innen geöffnet wurden, hat unsere Ordner überrumpelt. Sie waren nicht mehr in der Lage, das Betreten des Geländes zu

verhindern. Zu klären bleibt, wie die Tore geöffnet wurden. Nach Angaben des Präsidenten der VP waren Wachmannschaften des ehemaligen MfS auf dem Gelände anwesend, die auch über Schlüssel zu den Toren verfügten.

Die meisten Teilnehmer trieb Neugierde in die Gebäude. Empörung über den Luxus breitete sich aus. Den Ordnern des NEUEN FORUM gelang es jedoch mit der Unterstützung durch viele besonnene Bürger, das Gebäude bald wieder zu räumen.

Während der ganzen Zeit wurde von Sprechern des NEUEN FORUM von der Normannenstraße auf zur Gewaltlosigkeit aufgerufen. Als der Ministerpräsident am Ort eintraf, waren die Gebäude im wesentlichen geräumt.

Sicherheitspartnerschaft mit der VP ist ein gutes Instrument, mit dem beide Seiten sorgfältiger umgehen müssen.

Das Symbol der allen Macht hat seinen Schrecken verloren. 40 Jahre Verfassungsbruch, psychische und physische Gewalt gegen die Bürger der DDR durch die Staatssicherheit stehen gegen eine Stunde Sachbeschädigung. Auch diese eine Stunde war zuviel. Wir stehen zu der Tradition unserer friedlichen Revolution und lehnen jede Form von Gewalt ab.

18. 1. 90

Ingrid Köppe

Reinhard Schult

Sebastian Pflugbeil

Erklärung zum Wahltermin

Der vorgezogene Wahltermin für die Volkskammerwahlen zum 18. März ist kein gemeinsamer Beschluß der Vereinigungen und Parteien des Runden Tisches.

Das NEUE FORUM hat in den Verhandlungen mit Ministerpräsident Modrow seine Bereitschaft erklärt, Regierungsverantwortung bis zum 6. Mai in konkreten Bereichen (Justizministerium, Wirtschaftsministerium, Innenministerium, Energieministerium) zu übernehmen.

Wir hatten Vorstellungen über politische und wirtschaftliche Ziele dieser Regierung zu den folgenden Themen vorbereitet:

- innere Sicherheit
- Außenpolitik
- Schritte zur Annäherung beider deutscher Staaten
- Wirtschaft
- Stabilisierung der kommunalen Ebene
- soziale Fragen

Die Weigerung der SPD, konkrete Verantwortung durch Regierungsbeteiligung zu übernehmen, und die darauffolgende Erklärung der CDU, sich dann auch nicht an der Regierung zu beteiligen, führte zu der Entscheidung von Ministerpräsident Modrow, die Wahlen vorzuverlegen.

Das NEUE FORUM hielt seine Bereitschaft zur Übernahme von Regierungsverantwortung trotzdem aufrecht. Über dieses Angebot und die damit zusammenhängenden Fragen verweigerte die Regierung jedes weitere Gespräch.

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die Entscheidung über das Vorziehen des Wahltermins bereits vor Beginn der Verhandlungen gefallen war. Hiermit protestieren wir gegen dieses wahltaktische Manöver, mit dem die etablierten Parteien und die von BRD-Parteien im Wahlkampf unterstützten Organisationen bevorteilt werden.

Nach Auffassung des NEUEN FORUM müßte sich der Demokratisierungsprozeß von unten nach oben entwickeln, also zum Beispiel Kommunalwahlen vor der Volkskammerwahl.

NEUES FORUM

Landessprecherrat

Grundsätze des NEUEN FORUM Berlin

1. Das NEUE FORUM Berlin ist eine unabhängige politische Vereinigung von Bürgerinnen und Bürgern, die Demokratie in allen Lebensbereichen durchsetzen wollen. Seine Mitglieder bauen auf Gewaltlosigkeit, auf Vernunft und die Kraft der Argumente.

2. Das Ziel des NEUEN FORUM Berlin ist die Gestaltung einer der Würde des Menschen verpflichteten Gesellschaft, die Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Bewahrung unserer Umwelt als ihre höchsten Güter begreift. Ein demokratischer Rechtsstaat und eine demokratisch kontrollierte Wirtschaft müssen diesen Zielen dienen.

3. Das NEUE FORUM Berlin arbeitet auf der Grundlage der Basisdemokratie. Meinungsäußerungen und politische Willensbildung vollziehen sich in einem demokratischen Prozeß von unten nach oben.

4. Das NEUE FORUM Berlin strebt danach, politische Verantwortung für die Durchsetzung der in den Grundsätzen niedergelegten Ziele zu übernehmen. Das NEUE FORUM Berlin beteiligt sich an Landtags- und Kommunalwahlen. Vor Wahlen werden Verhandlungen mit dem Ziel geführt, eine Konkurrenz der Bürgerbewegungen auszuschließen.

5. Das NEUE FORUM Berlin setzt sich für eine problembezogene, parteiübergreifende Bürger(innen)vertretung ein. Es strebt daher eine Vernetzung der verschiedenen Bürgerinitiativen, Interessenverbände etc. an.

6. Das NEUE FORUM Berlin tritt gegen Ausländerfeindlichkeit, Neofaschismus, Antisemitismus, Rassismus, Stalinismus, Gewaltverherrlichung, Militarismus und Sexismus auf.

7. Das NEUE FORUM Berlin setzt sich für die Abschaffung aller Geheimdienste, des Militärs und der Zwangsdienste ein.

8. Das NEUE FORUM Berlin setzt sich dafür ein, daß Bedingungen in der Gesellschaft geschaffen werden, unter denen Kinder, Frauen und Männer selbstbestimmt leben können.

9. Unser Ziel ist eine Bürgerbewegung, die außerparlamentarisch und parlamentarisch arbeitet. Dabei wird nach außen den Mindestanforderungen des Parteiengesetzes entsprochen. Die Binnenstruktur bleibt nach wie vor eine Pattform für alle, die mitarbeiten wollen.

Mit der Betonung, Bürgerbewegung zu sein, wollen wir den Gesetzgeber und das etablierte Parteiensystem zwingen, uns in dieser Form anzuerkennen. Nicht wir wollen uns einem veralteten Gesellschaftsmodell anpassen, sondern unser Demokratieverständnis soll die neue Gesellschaft prägen

Neues Forum

Fraktion Aufbruch 89

Vertrauen in die eigene Kraft!

Unser Positionspapier versteht sich als Korrektiv und Ergänzung zu dem am 28. Januar 1990 beschlossenen Programm des NEUEN FORUM.

Das NEUE FORUM will klar die Interessen sozial benachteiligter Menschen, besonders Lohnabhängiger, Frauen, Alleinerziehender, ausländischer Bürger und Bürgerinnen, älterer Menschen und unterprivilegierter Gruppen vertreten.

Das NEUE FORUM will als Dach für Bürgerinitiativen dienen.

Das NEUE FORUM will sowohl auf kommunaler, wie auch auf überregionaler Ebene administrativ und außerparlamentarisch arbeiten.

Das NEUE FORUM will für Kommunikationsformen sorgen, die es erlauben, Entscheidungen von gesellschaftlicher Tragweite direkt über die Basis, also die Mehrheit der Bevölkerung zu bestimmen.

Nationales und Internationales

Durch den starken Druck von innen und außen scheint die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ein unaufhaltsamer Prozeß geworden zu sein. Diese Vereinigung würde sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt unter den Bedingungen des völligen ökonomischen und politischen Übergewichts der BRD vollziehen. Dem möchten wir folgende Überlegungen und Bedingungen entgegensetzen:

I.

Die ganze Menschheit ist bedroht durch ökologischen Zusammenbruch, durch maßlose Aufrüstung und durch die Folgen der Ausplünderung der Zwei-Drittel-Welt. Unser Land ist mitschuldig und mitbetroffen. Die Hauptprobleme unserer Welt, Friedensbedrohung, Umweltbelastung, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Verelendung, sind nur in globaler Partnerschaft zu lösen. Wir treten für den Grundsatz ein: Eine Welt statt drei!

Deshalb darf die weitere Entwicklung der beiden deutschen Staaten nicht isoliert gesehen werden. Angesichts der globalen Probleme tragen die DDR und die BRD eine besondere Verantwortung für den Prozeß der gesamteuropäischen Integration. Es ist notwendig, die positiven Erfahrungen der beiden deutschen Staaten zu bewahren und für eine sozialere und gerechtere Gesellschaft zu nutzen.

Eine Eingliederung der DDR in das Marktwirtschaftsmodell der Bundesrepublik wird den weltweiten Gesamtkonflikt verschärfen; die Chance für andere Wege der Konfliktbewältigung wird nicht genutzt.

II.

Geschichtlich gewachsene Konflikte Europas sind in beiden deutschen Staaten nicht aufgearbeitet worden. Die Angst vor dem deutschen Übergewicht in Europa lebt wieder auf. Wir sind für eine Koppelung des Annäherungsprozesses an die Wiener Abrüstungsverhandlungen. Ziel muß die Auflösung von NATO und Warschauer Vertrag und eine gesamteuropäische Friedensordnung sein.

Schritte auf diesem Wege sind u. a.:

- Ächtung der A-, B-, C-Waffen,
- Reduzierung der Armeen und Auflösung paramilitärischer Einheiten,
- schrittweise Verminderung ausländischer Truppen auf fremden Territorien,
- vertrauensbildende Maßnahmen und Schaffung von Kontrollmechanismen.

Die freiwerdenden Mittel werden eingesetzt für die ökologische Stabilisierung und zur Überwindung des Nord-Süd-Gefälles. In diesem Prozeß darf die globale Abrüstung nicht außer acht gelassen werden.

Wir bekennen uns zur Schuld der deutschen Nation.

Wir fordern die bedingungslose Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.

III.

Wir bekennen uns zu besonderen Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern, mit denen wir über Jahrzehnte einen gemeinsamen Weg gegangen sind.

Wir treten dafür ein, daß die Spaltung zwischen armen und reichen Ländern Europas nicht verfestigt, sondern durch solidarische Formen der Zusammenarbeit überwunden wird. Die osteuropäischen Länder dürfen nicht zum Armenhaus Europas werden.

IV.

Der Prozeß der Annäherung der beiden deutschen Staaten muß durch die Auflösung der Geheimdienste begleitet werden.

Es muß eine Asyl- und Ausländergesetzgebung erarbeitet werden, die ein gleichberechtigtes Zusammenleben mit Menschen anderer Völker und Rassen ermöglicht.

Wirtschaft

Zweifellos ist unsere Wirtschaft zerrüttet - doch tot ist sie erst, wenn wir die Sozialordnung, auf der sie steht, auch noch zerstören. Das hysterische Ausverkaufsgeschrei wirkt in diese Richtung und macht die Krise nur noch schlimmer. Wir sind für eine aktive Wirtschaftspolitik! Nur sie kann die soziale Sicherung der Bevölkerung ermöglichen.

I. Was heißt aktive Wirtschaftspolitik?

1. WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE:

Die selbständigen Unternehmen aller Größenordnungen brauchen zur Interessenvertretung der Arbeitenden starke Gewerkschaften und Betriebsräte.

Die bis jetzt staatseigenen Großbetriebe brauchen gesellschaftliche Aufsichtsräte. In ihnen müssen die Interessen der Belegschaften, der Kommunen, ökologische Erfordernisse und öffentliche Interessen abgestimmt werden.

Zusammensetzung: 50 % Belegschaft und Industriegewerkschaften, 50 % Kommunalvertreter, Banken, Regierung, Hauptpartner für Wirtschaftskooperation.

2. Eine STRUKTURPOLITIK, die unsere Industriezweige bis zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit entwickelt, erfordert:

– Kosten-, Preis-, Steuer- und Einkommensreform, (Nur so entsteht ein Maßstab für wirtschaftlich effizientes Verhalten.)
– Abbau der überbreiten Produktionspalette auf ein ökonomisch tragfähiges und sozial erforderliches Niveau,
– eine Rahmenplanung, die das Strukturkonzept durch ökonomische Regulatoren (Steuern, Zölle, Subventionen ...) und eine Sozialpolitik untersetzt

3. GEWERBEFREIHEIT für kleine und mittlere Unternehmen, die Förderung des Handwerks und des Dienstleistungssektors.

4. KAPITALBETEILIGUNG aus dem gesamten westlichen Wirtschaftsgebiet, die sich in die Ziele der Strukturpolitik einordnet. Nicht unsere Betriebe sollen in die Produktionspalette der BRD eingepaßt werden, sondern einzelne Industriezweige zu Weltmarktniveau entwickelt werden

II. Welche Ressourcen haben wir?

– hochqualifiziertes Arbeitsvermögen, Erfahrung und Tradition in der industriellen Fertigung,
– eine geostrategisch günstige Lage zwischen Ost- und Westeuropa. (Wir könnten dadurch die Drehscheibe der Ost-West-Kooperation sein.)
– einen Vorsprung in der Verflechtung mit dem osteuropäischen Markt,
– besondere Beziehungen zur Sowjetunion und ihrer Rohstoffbasis,
– Management und Infrastruktur eines Industriestaates,
– einen relativ hohen sozialen Standard, der wirtschaftspolitischen Spielraum durch Umverteilung zuläßt,
– eine funktionierende Landwirtschaft mit einem hohen Grad an Eigenversorgung.

III.

Wie für die Landwirtschaft, so gilt auch für die anderen Größen:

Sie können nur bei SCHUTZ DER BINNENSTRUKTUR genutzt werden.

Das Verschenken oder Auflösen dieses eigenen Kapitals in die BRD hinein macht uns nicht reicher, sondern ärmer.

Massenarbeitslosigkeit in der DDR würde auch das Lohnniveau in der BRD gefährden. Eine aktive Zusammenarbeit mit den westdeutschen Gewerkschaften ist dringend erforderlich. Solidarität der Arbeitenden in Ost und West muß von unten gesichert werden!

IV. Wir treten ein:

– für einen sozial kontrollierten Markt,
– für Teilkonvertibilität, aber gegen eine schnelle Währungsunion, denn sie schließt eine eigene Wirtschaftspolitik aus,
– für ein qualifiziertes Wachstum,
– für die Unverkäuflichkeit staatlichen und kommunalen Eigentums an Grund und Boden,
– dafür, daß Eigentumsansprüche von Bürgern und Bürgerinnen, die das Gebiet der DDR vor 1949 und später verlassen haben, nicht mehr gelten.

Die Kräfte des Marktes sind unerläßlich für den Neubau unserer Wirtschaft. Doch gerade für das erfolgreiche Wirken auf dem Markt muß der Betrieb genau planen. PLAN UND MARKT sind zwei Pole jeder funktionierenden Wirtschaft.

Interessenvertretung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer/innen

I. Betriebs- und Personalräte

– Die Bildung von Betriebs- und Personalräten ist durch ein Betriebsverfassungsgesetz zu sichern und von unten durch Urabstimmung vorzunehmen.
– Den Betriebs- und Personalräten sind alle unmittelbar aus den Arbeitsrechtsverhältnissen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen erwachsenden Aufgaben der Interessenvertretung zuzuordnen. Sie vertreten alle Interessengruppen, alle Interessengruppen sind in ihnen vertreten - mit Ausnahme der Unternehmensführung.

- Ein aufschiebendes Vetorecht gegenüber der Betriebsleitung ist unverzichtbar.

II. Gewerkschaften

- Unabhängige Gewerkschaften müssen betriebsübergreifenden, arbeits-, sozial- und umweltpolitischen Charakter tragen.
- Ihr Ziel ist die Sicherung des Rechtes auf Arbeit, der sozialen Sicherheit, die Wahrung der Tarifautonomie u. a.
- Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist durch ein Gewerkschaftsgesetz zu regeln. (Gewerkschaften agieren ohne direkten Eingriff in innerbetriebliche Belange).

III. Aufsichtsräte

- In den Betrieben sind gesellschaftliche Aufsichtsräte zu bilden, die sich paritätisch aus delegierten Vertretern und Vertreterinnen der gesellschaftlichen und privaten Eigentümerinteressen sowie der Kommunen zusammensetzen.

Damit sollen ökonomische, soziale und kommunale Anforderungen an die Unternehmenspolitik durchgesetzt werden.

- Sie treffen Grundsatzentscheidungen der Personalpolitik.
- Im Prozeß der Entscheidungsfindung ist der Einbau von Sperrminoritäten unverzichtbar bei folgenden Komplexen:
  - # Betriebsstillegung und Verlagerungen einschließlich Teilstillegungen,
  - # Kürzungsversuche von Sozialleistungen der Betriebe,
  - # bei ökonomisch, ökologisch und sozial nicht gerechtfertigten Kreditaufnahmen oder Gewinnverwendungen,
  - # Vorlage von Umschulungs- und Weiterbildungsprogrammen.
- Gesellschaftliche Aufsichtsräte sind Schlichtungsinstanz bei Konflikten zwischen Belegschaft und Unternehmensleitung.

IV. Stärkung der Individual- und Kollektivrechte

- Informationsrechte über die Arbeit:

Art der Tätigkeit, Veränderung von Arbeitsplatz, Tätigkeit, Arbeitsumgebung, Fondskontrolle, soziale Leistungen,

- Vorschlagsrecht zur Arbeitsgestaltung:

Vorschläge der Beschäftigten zur humaneren Gestaltung der Arbeit und der Arbeitsorganisation müssen eingehend geprüft und mit den Betriebs- und Personalräten behandelt werden.

- Recht auf Arbeitseinstellung, wenn vom Arbeitgeber

geltende Gesetze, Arbeitsschutz, Tarifverträge, Unterrichtungspflicht sowie die Beteiligungsrechte der Betriebs- und Personalräte nicht eingehalten werden.

- Versammlungsrecht

Betriebs- und Personalräte informieren in regelmäßigen Versammlungen über die Lage und Entwicklung im Betrieb. Die Zeit der Teilnahme wird den Teilnehmern wie bei einer Betriebsversammlung vergütet.

- Vorschlagsrecht zur Besetzung von Leitungsfunktionen.

In Staat, Ländern und Kommunen (Regionen) sind Wirtschafts- und Sozialräte einzurichten. Ihre Zusammensetzung ist paritätisch (Gewerkschaft, Betriebs- und Personalräte auf der einen, die Wirtschaft auf der anderen Seite).

Soziale Gerechtigkeit

1. Recht auf Arbeit

Das Recht auf Arbeit muß in der Verfassung verankert sein und auch unter den Bedingungen der notwendigen Wirtschaftsreform garantiert bleiben. Staat und Wirtschaft müssen verpflichtet werden, den frei werdenden Arbeitskräften Umschulungsmöglichkeiten und neue Arbeitsplätze anzubieten.

Die Arbeitslosenunterstützung muß gesetzlich und sozial gerecht geregelt werden, d. h., sie ist der Inflationsrate ständig anzupassen. Eine Arbeitslosenversicherung ist sofort einzuführen.

Das Existenzminimum muß unter garantierter Mitbestimmung der Betroffenen festgelegt werden.

Das geltende Arbeitsgesetzbuch sollte bezüglich der Rechte der Werktätigen inhaltlich voll übernommen werden.

2. Recht auf Wohnraum

Das Recht auf menschenwürdigen und ausreichenden Wohnraum muß verfassungsmäßig garantiert sein.

Wohnraum darf nicht zum Spekulationsobjekt werden.

Die Höhe der Mieten ist gestaffelt nach Wohnraumauslastung und Einkommen festzusetzen.

Mietpreisveränderungen dürfen nur Zweitwohnungen betreffen, ansonsten muß eine Mietpreisbindung gelten.

Sozial Schwächere müssen über Mietsubventionen unterstützt werden. Der Kündigungsschutz für diese Personengruppen muß gesetzlich gesichert sein.

3. Recht auf umfassende medizinische Betreuung

Das NEUE FORUM setzt sich für die kostenlose medizinische und soziale Betreuung der gesamten Bevölkerung ein. (Schluß mit der "Zwei-Klassen-Medizin"!)

Ein Niederlassungsrecht für freipraktizierende Ärzte und die Bildung von Kollegien muß geschaffen werden, allerdings sollte der staatliche Sektor erhalten bleiben. Die Koordinierung muß den Kommunen obliegen.

Eine einheitliche Sozialversicherung muß politisch unabhängig sein und ihre Leistungen allen Bürgern und Bürgerinnen zur Verfügung stellen.

Auch im Gesundheitswesen sind demokratische Strukturen zu entwickeln, die eine weitgehende Mitbestimmung aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sichern. Die Möglichkeiten der aktiven Selbsthilfe, Gruppenarbeit und der sozialen Rehabilitation könnten über Personal? und Patientenräte ausgebaut werden.

Bildung und Erziehung

Das NEUE FORUM tritt für eine Bildungs- und Erziehungsreform von unten ein, die von den Eltern, Lehrern und Lehrerinnen, Erziehern und Erzieherinnen und den Kindern gleichermaßen getragen wird.

Das NEUE FORUM unterstützt eine weitgehende Pluralisierung des Bildungs- und Erziehungssystems unter Wahrung einer einheitlichen und unentgeltlichen Grundausbildung.

Um die Chancengleichheit zu wahren, müssen finanzielle Regelungen gefunden werden, die den Kindern aller sozialen Schichten prinzipiell alle Bildungswege öffnen.

Der Bildungsweg vom Kindergarten bis zum Abschluß der Ausbildung darf nicht von weltanschaulichen Dogmen bestimmt werden.

Wir setzen uns für ein harmonisches Verhältnis zwischen rationaler, emotionaler und musischer Erziehung und Bitdung ein. Das kann in verschiedenen Schulmodellen verwirklicht werden.

Das NEUE FORUM vertritt den Integrationsgedanken und befördert die Einrichtung von Integrationsschulen für Behinderte und Gesunde.

Ziel der Bildung und Erziehung muß sowohl die Entfaltung der Individualität mit all ihren Gaben und Fähigkeiten als auch die Entwicklung der für eine Solidargemeinschaft unerläßlichen Verhaltensweisen wie Verantwortungsbewußtsein und Konfliktfähigkeit sein.

Die Erziehung und Betreuung in Heimen, Horten, Kindergärten usw. darf nicht in den Sozialbereich abgedrängt werden. Sie sollte im Rahmen der Bildungs- und Erziehungsreform umstrukturiert bzw. weiterentwickelt werden.

Die Frau in der Gesellschaft

Die Beseitigung der ungleichen Stellung von Frauen gegenüber den Männern steht als politische Aufgabe auf der Tagesordnung. Ohne ihre Lösung verdient der Demokratisierungsprozeß seinen Namen nicht.

Auch in ökonomischen Systemen auf marktwirtschaftlicher Basis sind Frauen bis heute benachteiligt. Deshalb gilt es, für folgende Grundpositionen zu kämpfen:

– Um die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen zu sichern, sind Verschiebungen im Lohngefüge vorzunehmen, die die von Frauen dominierten Arbeitsbereiche aufwerten; gleichzeitig sind alle Berufszweige beiden Geschlechtern zu öffnen. Grundlage muß

eine Neubestimmung des Leistungsbegriffes sein, der bisher von männlicher Arbeit abgeleitet wurde. Soziale Vergünstigungen für Mütter sind für Erziehende beiden Geschlechts beizubehalten und auszubauen.

– Die bestehende Doppelbelastung von berufstätigen Frauen verhindert, daß sie tatsächlich aktiv an allen gesellschaftlichen Prozessen teilhaben können. Deshalb muß ihre alleinige Verantwortlichkeit für Haushalt und Kinder abgebaut werden: Um beiden Geschlechtern die Möglichkeit zu geben, sich um diese Bereiche zu kümmern, haben sämtliche Erleichterungen für Familien für Frau und Mann zu gelten, muß das Erziehungsrecht grundsätzlich für Vater und Mutter bestehen (auch ohne Trauschein), müssen flexiblere und verkürzte Arbeitszeiten für beide möglich sein.

Alternative Lebensformen (Lebens-, Wohngemeinschaften u. ä.) dürfen nicht behindert und in keiner Weise der Ehe gegenüber benachteiligt werden.

– Um eine politisch wirksame Vertretung der Interessen der Frauen zu gewährleisten, ist die Quotierung aller gesellschaftlich relevanten Positionen anzustreben. Diese Formalität erweist sich als unerläßlich, weil die erschwerten Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen erst dann zur Kenntnis genommen und verändert werden, wenn sie in genügender Anzahl in gewählten Funktionen vertreten sind. Ohne eine Quotierung werden Frauen nur unzureichende Möglichkeiten haben, ihre Kompetenz einzubringen und weiterzuentwickeln.

Wir fordern ebenfalls die Einrichtung eines Frauenministeriums und entsprechender Gremien in den Ländern (Regionen).

– Das Selbstbestimmungsrecht jeder Frau über ihren Körper ist in jeder Hinsicht zu respektieren. Dazu sind die Gesetze über sexuelle Straftaten, insbesondere die Paragraphen 121 und 122 radikal zu verändern.

Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch darf nicht angetastet werden. Es gilt allerdings, Wege zu finden, um die Notwendigkeit eines Schwangerschaftsabbruchs auf ein Minimum reduzieren zu können.

– Damit sich Frauen vor der zunehmenden Gewalt gegen sie schützen und sie eigene Lebensräume aufbauen können, müssen im ganzen Land Frauenhäuser und -zentren, Beratungsstellen u. a. m. entstehen, denen eine staatliche Finanzierung sicher sein muß.

Alte Menschen in der Gesellschaft

Sechzehn Prozent unserer Bevölkerung sind Rentner und Rentnerinnen. Ihre Lebenssituation ist z. T. besorgniserregend und beschämend. Sie werden in Alters- und Pflegeheime abgeschoben, haben ungenügende soziale Kontakte und leben oft isoliert.

Wir treten ein für:

– die kritische Analyse der Lebenssituation von Rentnerinnen und Rentnern,
– die öffentliche Information über ihre tatsächlichen Lebensumstände,
– die Herabsetzung des Rentenalters unter der Berücksichtigung der Gleichstellung von Frau und Mann,
– eine Rentenreform und die jährliche Angleichung an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten. (Die sofortige Erhöhung der Renten um ca. 25 % ist dringend geboten.)
– einen gesetzlich festgeschriebenen Anspruch auf altersgerechten Wohnraum (sanitäre Anlage innerhalb der Wohnung und Gas- oder Fernheizung)
– die Schaffung von Reise-, Erholungs- und Heilkurmöglichkeiten,
– die entscheidende Verbesserung der Zustände finden Alters- und Pflegeheimen (höhere staatliche Zuschüsse, bessere Bezahlung des Personals, Einsatz von Arbeitskräften durch Praktika und zivilen Ersatzdienst)

Behinderte und Geschädigte Menschen in der Gesellschaft

Diese Menschen leben bisher fast unsichtbar neben uns. Ihre spezifischen Lebensbedürfnisse sind in der Öffentlichkeit kaum bekannt und wurden nur sehr ungenügend durch die entsprechenden Institutionen vertreten.

Um ihnen eine gleichberechtigte und aktive Teilnahme am öffentlichen Leben zu sichern, setzt sich das NEUE FORUM u. a. für folgende grundsätzliche Verbesserungen ihrer Lebenssituation ein:

– Schaffung geschützter Arbeitsplätze,

- Einrichtung geschützter Wohnformen,
- Sicherung des Rechtes auf Bildung für alle Kinder unabhängig von ihrem Schädigungsgrad,

Bisher wurde zwischen "Schulbildungsunfähigen" (dem Gesundheitsministerium zugeordnet) und "Schulbildungsfähigen" (der Volksbildung zugeordnet) unterschieden. Diese Einteilung muß zugunsten differenzierter und integrativer Entwicklungsmöglichkeiten abgeschafft werden.

Wir unterstützen integrative Kindereinrichtungen aller Art.

- Verbesserung der Situation in den diversen Pflegeheimen durch finanzielle und personelle Aufstockung,
- besonderer Kündigungsschutz für körperlich und geistig geschädigte Menschen,
- Förderung von Selbsthilfegruppen durch staatliche Finanzierung und materielle Unterstützung,
- Einrichtung von Rolltreppen und Fahrstühlen in allen öffentlichen Gebäuden (Bahnhöfe, Theater, Kinos, Behörden usw.)
- technische Umbauten an den öffentlichen Verkehrsmitteln, weiträumiger Einbau abgeschrägter Bordsteinkanten.

Alleinerziehende und Kinderrechte

Diese Bevölkerungsgruppen sind schon jetzt erheblichen Mehrbelastungen ausgesetzt. Sie befürchten im Zuge der künftigen wirtschaftlichen Veränderungen ihren sozialen Abstieg.

Um dem vorzubeugen, schließt sich das NEUE FORUM ihren Forderungen an:

- personengebundener Subventionsausgleich, der jährlich der Inflationsrate angeglichen wird, - Wohngeld,
- verkürzte Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich,
- Neuregelung des Pflegegeldes bei Krankheit von Kindern dahingehend, daß nicht mehr nach der Dauer der Krankheit gestaffelt wird,
- Jede vom erziehungsberechtigten Elternteil bevollmächtigte Person muß die bezahlte Freistellung in Anspruch nehmen können,
- Einführung von Erziehungsgeld, wenn Kinder zu Hause betreut werden,
- besonderer Kündigungsschutz,
- Recht auf ausreichenden Wohnraum für kinderreiche Familien,
- finanzielle und materielle Unterstützung entstehender Selbsthilfegruppen aus staatlichen Quellen.

Kunst und Kultur

In Aufbruchzeiten bleibt die Kultur meistens auf der Strecke, aber ein Schritt weg von der Kultur ist ein Schritt in die Barbarei. Deshalb müssen wir auf die Kultur besonders achten. Bei unserer Neuorientierung in den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen wird sie uns eine große Hilfe sein.

Wir wollen nicht, daß im kulturellen Bereich zuerst gespart wird. Wir verlangen die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Kultur- und Geisteslebens. Eine breite öffentliche Diskussion soll dazu beitragen, daß die Kultur- und Geistesschaffenden problem- und verantwortungsbewußt mit unseren Steuergeldern umgehen.

I.

Die uns täglich umgebende *Kultur* ist wesentlicher Bestandteil unserer Lebensqualität. Das betrifft in erster Linie das Erscheinungsbild unserer Umwelt: Die intakten Fußwege, das Aussehen der Häuser, das Funktionieren der Infrastruktur, die Brauchbarkeit der Gegenstände, die Gestaltung der Arbeitsumwelt.

Das betrifft aber auch den Umgang der Menschen miteinander: zum Beispiel die Kultur des Streits oder den Sprachgebrauch in den Medien.

Wir treten dafür ein, die Arbeit der betroffenen Fachbereiche zu unterstützen und zu qualifizieren, um kulturelle Identifikation zu erreichen und Lebensqualität zu erhöhen. Wir wenden uns gegen Brutalität und Gewaltverherrlichung in den Medien, gegen ein überwuchern des Reklameunwesen, gegen Nivellierung kultureller Besonderheiten.

II.

Die Kultur im *Wohngebiet* wird bis jetzt weitgehend vernachlässigt. Die Förderung von Kommunikationszentren sollte endlich praktisch werden. Wohngebietskneipen, Literaturcafés und nichtkommerzielle Treffs müssen auch als Kulturträger erkannt und unterstützt werden. Interessengruppen und Zirkel sollten sich frei entfalten können. Jugendclubs dürfen nicht an kommerziellen Interessen scheitern. Kinderspielplätze dürfen nicht wegrationalisiert, sondern müssen zu Erlebnisstätten ausgebaut werden. Unabhängige Kinderläden, Theatergruppen Galerien Ateliers und Werkstätten bedürfen besonderer kommunaler Zuwendung.

Das Selbsterlebnis der Einzelnen im kulturvollen Umgang der Nachbarn miteinander sollte im Mittelpunkt unseres täglichen Lebens stehen.

III.

Die darstellenden und bildenden *Künste* müssen sich frei entfalten und ungehindert entwickeln können. In keiner modernen Gesellschaft finanzieren sich die Künste selbst; hier darf kein Subventionsabbau erfolgen. Ateliermieten müssen festgeschrieben werden, aber nicht nach gewerbesteuerlichen Gesichtspunkten. Subventioniert werden darf nicht nach ideologischen Gesichtspunkten, sondern nach künstlerisch und gesellschaftlich notwendigen Aspekten.

Demokratie im Kunst- und Kulturbereich wird durch Beiräte gefördert. Kulturelle Einrichtungen müssen selbständig sein und wählen auf Vollversammlungen ihre Leitungen selbst.

Berufsverbände der Kulturschaffenden müssen Interessenverbände werden. Den Verbänden müssen zur Durchsetzung der Interessen ihrer Mitglieder staatliche Finanzen zugeführt werden, über deren Verwendung innerhalb der Verbände demokratisch entschieden werden muß.

(beschlossen am 10. Februar 1990)